

Stenografischer Bericht

6ao. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 07. April 2020

Beginn: 10.01 Uhr

Entschuldigungen: LTAvg. Ing. Holler, LTAvg. Karelly, LTAvg. Majcan, LTAvg. Niesenbacher, LTAvg. Mag. Pinter, LTAvg. Schnitzer, LTAvg. Schönleitner, LTAvg. Skazel, LTAvg. Thürschweller

AN. Einl.Zahl **420/1**

Betreff: Angelobung einer Abgeordneten (522)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT) (0000)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT

N1. Einl.Zahl **422/2**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Gesetz vom [...], mit dem das Gesetz betreffend die Unterbrechung und Verlängerung von Fristen (Steiermärkisches COVID-19-Fristengesetz), erlassen wird und das Steiermärkische Sozialbetreuungsberufegesetz, das Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz 1968, das Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark, die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz, das Gemeindebedienstetengesetz 1957, das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962, das Gemeinde-Personalvertretungsgesetz 1994, das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz 2012, das Steiermärkische Behindertengesetz, das Steiermärkische Gewaltschutzeinrichtungsgesetz, das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz, das Steiermärkische Sozialhilfegesetz, das Steiermärkische Wohnunterstützungsgesetz und das Steiermärkische Pflegeheimgesetz 2003 geändert werden (COVID-19-Sammelgesetz)*

Wortmeldungen: (siehe N2)

Beschlussfassung: (573)

N2. Einl.Zahl 423/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Regionen

Betreff: *Landesgesetz, mit dem die Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 und das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird (COVID19 – Steiermärkisches Gemeinderechtsänderungsgesetz)*

Wortmeldungen: KO LTAbg. Riener (524), KO LTAbg. Schwarz (527), KO LTAbg. Krautwaschl (529), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (533), KO LTAbg. Kunasek (537), LTAbg. Dr. Murgg (542), LTAbg. Reif (543), LTAbg. Triller BA MSc (546), KO LTAbg. Swatek BSc (548), LTAbg. Mag. (FH) Hermann MBL (552), KO LTAbg. Krautwaschl (554), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (557), LTAbg. Dirnberger (561), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck (564), Landeshauptmannstellvertreter Lang (565), Landeshauptmann Schützenhöfer (569)

Beschlussfassung: (574)

Erste Präsidentin Khom: Hohes Haus!

Es findet heute die sechste Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVIII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung. Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle am Livestream zu Hause befindlichen Zuseherinnen und Zuseher.

Im Besonderen begrüße unseren Herrn Landeshauptmann und unseren Herrn Landeshauptmannstellvertreter.

Entschuldigt sind: LTAbg. Ing. Holler, LTAbg. Karelly, LTAbg. Majcan, LTAbg. Niesenbacher, LTAbg. Mag. Pinter, LTAbg. Schnitzer, LTAbg. Schönleitner, LTAbg. Skazel und LTAbg. Thürschweller

Am 1. April 2020 wurde von allen im Landtag vertretenen Fraktionen beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen. Gemäß Art. 15 Abs. 5 L-VG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel seiner Mitglieder verlangt wird. Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Wir kommen zur Angelobung.

Herr LTAbg. Gerhard Hirschmann hat mit Ablauf des 2. April 2020 sein Mandat als Abgeordneter zum Landtag zurückgelegt. Für die Besetzung dieses nunmehr freigewordenen Mandates wurde von der Landeswahlbehörde Frau Helga Kügerl in den Landtag berufen.

Frau Helga Kügerl ist heute erschienen und kann daher die gemäß Art. 13 Abs. 3 L-VG in Verbindung mit § 7 Abs. 2 GeoLT vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn LTAbg. Franz Fartek die Angelobungsformel vom Redepult aus zu verlesen, worauf Frau Helga Kügerl mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten hat.

Bitte schön, Herr Kollege Fartek.

LTAbg. Fartek – ÖVP (10.03 Uhr): Geschätzter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Angelobungsformel wie folgt:

„Ich gelobe unverbrüchliche Treue zur Republik Österreich und zum Land Steiermark, dann stete und volle Beachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten“. Dank schön.

LTAbg. Kügerl – FPÖ (10.04 Uhr): Ich gelobe. *(Allgemeiner Beifall)*

Erste Präsidentin Khom: Liebe Helga, ich begrüße dich sehr herzlich zurück bei uns im Hohen Haus und darf dich bitten, deinen Sitzplatz für heute einzunehmen.

Heute hat um 08.15 Uhr der Ausschuss für Verfassung über den Antrag von Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 422/1, betreffend COVID-19 –Sammelgesetz sowie um 08.30 Uhr der Ausschuss für Gemeinden über den Antrag von Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 423/1, betreffend COVID19 – Steiermärkisches Gemeinderechtsänderungsgesetz beraten und zu diesen Anträgen die in den Schriftlichen Berichten, Einl.Zahl 422/2 (N1) und Einl.Zahl 423/2 (N2) enthaltenen Ausschussanträge gefasst.

Ich schlage vor, die genannten Tagesordnungspunkte in Verhandlung zu nehmen.

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung abstimmen.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme mit der ausreichenden Zweidrittelmehrheit fest.

Gemäß § 6a sowie § 8 iVm § 4 Unv-Transparenz-G bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassung in seiner Sitzung am 7. April 2020 eine Anzeige betreffend eine Tätigkeit in einer Gebietskörperschaft, Einl.Zahl 395/1, von Herrn LTAbg. Marco Triller, sowie zwei Anzeigen betreffend eine leitende Tätigkeit in der Wirtschaft, Einl.Zahl 394/1, von Herrn LTAbg. Mag. Dr. Wolfgang Dolesch, und Einl.Zahl 396/1, von Frau LTAbg. Mag.^a Alexandra Pichler-Jessenko beraten und genehmigend beschlossen hat.

Es wurden neun Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche um Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten.

Bei den Tagesordnungspunkten N1 und N2 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Tagesordnungspunkt

N1. Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 422/2, betreffend COVID-19-Sammelgesetz zum Antrag, Einl.Zahl 422/1.

Tagesordnungspunkt

N2. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Regionen, Einl.Zahl 423/2, betreffend COVID19 – Steiermärkisches Gemeinderechtsänderungsgesetz zum Antrag, Einl.Zahl 423/1.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Barbara Riener. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAvg. Riener – ÖVP (10.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben eine ungewöhnliche Situation. Zum ersten Mal in diesem Hohen Haus tragen wir Masken. Wir haben ein Bild draußen in der Gesellschaft, wo wir uns nur mit Abstand begegnen können, wo wir eingeschränkt sind in Mobilität, wo wir nur mit Masken einkaufen können, wo wir nicht alles einkaufen können, wo Gasthäuser und Restaurants zu haben und wo wir unsere Lieben, die nicht im gleichen Haushalt sind, nicht umarmen können. Vor einigen Wochen hätte sich das niemand vorstellen können, dass wir in so einer Situation sind. Ich danke an dieser Stelle allen, die uns Unterstützung bieten auf allen Ebenen. Es wurde schon oft in diesen Tagen gesagt, ich möchte jetzt nicht alle Berufe aufzählen, um auch nicht jemanden dann zu vergessen, weil es sind so viele, die diese wirklich einschneidenden Maßnahmen für uns erträglicher machen, die uns umsorgen, wenn wir Hilfe brauchen, deswegen ein recht herzliches Danke allen, die da draußen für uns da sind. (*Allgemeiner*

Beifall), denn sie sind es auch, die uns davon abhalten, dass wir das Gefühl der Ohnmacht bekommen oder der Resignation. Und es bietet auch Sicherheit, dass uns die Bundesregierung tagtäglich Informationen liefert, uns Wege aufzeigt, uns über die Entwicklungen informiert, um eben diese Krise bewältigen zu können. Und auch unsere steirische Landesregierung tut das. Sie hat bereits das erste Maßnahmenpaket beschlossen und arbeitet am zweiten Maßnahmenpaket. Ich danke auch, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, für den Informationsaustausch, der jetzt in ungewöhnlichen Zeiten auch ungewöhnlich über Videokonferenzen stattfindet, aber eben mit allen Klubobleuten, dass diese Einbindung auch in dieser Form möglich ist. So wie der Bund, haben wir auch im steirischen Landtag gewisse Gesetze anzupassen und das wird heute im Covid-19-Sammelgesetz und in der Gemeindeordnung gemacht. Zur Gemeindeordnung wird dann Kollege Dirnberger näher Stellung beziehen. Wir haben, um in diesen Zeiten der Einschränkungen, wo behördliche Verfahren nicht in geordneter Weise abgehalten werden können, Vorgaben bzw. rechtliche Grundsätze umzusetzen, damit es keine Rechtsnachteile für Beteiligte gibt. Und so werden Fristen außer Kraft gesetzt, verlängert, unter anderem z. B., damit man sich etwas vorstellen kann, wenn es um Anträge geht, um Anzeigen, um Meldungen, um Vorlegen von Unterlagen, dass das in dieser Form jetzt nicht möglich ist, dass eben dadurch niemandem, keiner Steirerin und keinem Steirer, ein Nachteil erwächst. Wir werden auch beschließen, dass wir Leistungen weiter auszahlen können, die für den täglichen Lebensunterhalt und den täglichen Lebensbedarf notwendig sind, die aber vor dem 1. Juni auslaufen würden, dass wir die einfach automatisch weitergewähren können und in einer, das ist z. B. im Behindertengesetz, Mindestsicherungsgesetz, Sozialhilfegesetz, Wohnunterstützungsgesetz, die Möglichkeit einer Verordnungsermächtigung, diese Frist mit 31. Mai durch die Regierung entweder zu verkürzen - aber es schaut jetzt eher so aus, dass wir sie unter Umständen verlängern müssen. Es gibt allerdings eine gesetzliche Deadline, wann diese Bestimmungen auch wieder außer Kraft treten. Wir haben auch aufgrund der letzten Woche, Sie wissen es alle, es gibt Situationen in Pflegeheimen, wo BewohnerInnen in andere Unterbringungen gebracht werden müssen, weil eben durch den Covid-Virus entweder BetreuerInnen, PflegerInnen, das Personal bzw. ein Heimbewohner infiziert sind, dass man das Pflegeheim nicht mehr in dieser Form aufrechterhalten kann und hier braucht es eine rasche Hilfe. Da haben wir jetzt im Pflegeheimgesetz eine Möglichkeit geschaffen, dass, wenn es bereits einen Aufbau von einem Pflegeheim gibt, der allerdings die gesetzlichen Grundlagen noch nicht erfüllt, dass hier eine vertragliche Lösung gestartet ist, mit

Mindestvoraussetzung. Diese wird allerdings auch bis zum 31. Dezember 2020 nur Gültigkeit haben und dann wird wieder die jetzige gesetzliche Grundlage heranzuziehen sein. Wir haben auch den Heimträgern, also der Landesregierung per Verordnung eine Möglichkeit gegeben, die Heimträger zu verpflichten, dass sie auch bezüglich Covid-Patienten die Informationen ins Datensystem, das ja bereits besteht, einzuspeisen, auch das ist nur begrenzt. Um auch das Personal zu gewährleisten, haben wir im Sozialbetreuungsberufegesetz eine Ausnahme geschaffen, solange die Covid-19-Pandemie dauert, aber längstens bis zum 31. März 2021. Wir haben nämlich immer wieder Personen, die vom Ausland kommen, die ausländische Zertifikate haben, die dann Anpassungen machen müssen in Form von Eignungsprüfungen bzw. Anpassungslehrgängen und diese können momentan schon arbeiten, ohne dass sie diese absolvieren müssen. Auch das Krankenanstaltengesetz braucht eine Anpassung, um vorübergehend rasch jene aufnehmen zu können und einer Betreuung zuführen zu können, die minder schwere Covid-19-Fälle sind, und es sind auch Sonderregelungen diesbezüglich vorgesehen. Das Gemeindepersonalvertretungsgesetz, also die Personalvertretung der Gemeindebediensteten hätte im Mai eine Wahl abzuführen, darum wird jetzt eine Grundlage geschaffen, dass der Wahlausschuss berechtigt ist, eine Wahl aufzuschieben, aber längstens sieben Wochen nach Wegfall der Maßnahmen für diese Covid-19-Pandemie bzw. nach dem Epidemiegesetz, wenn diese Maßnahmen wegfallen, eine Ausschreibung durchzuführen, die Wahlperiode wird natürlich diesbezüglich verlängert. Ebenso, auch den Medien schon bekannt, gibt es für Landesbedienstete, für Gemeindebedienstete inklusive Magistrat Graz die Urlaubsregelung, wo Alturlaub vom Jahr 2019 und früher praktisch anstehen oder noch nicht verbraucht wurde, jetzt zwei Wochen maximal, zwei Wochen vom Dienstgeber einseitig in Urlaub geschickt werden können, aber ausgenommen natürlich Schlüsselkräfte, die wir hier dringend brauchen, die werden wir jetzt nicht auf Urlaub schicken, das wäre kontraproduktiv und auch jene, die früher Urlaubssperren hatten, und da denke ich z. B., wenn wir ein Wahljahr haben, wo eigentlich in der Abteilung 7, die für Wahlen zuständigen Kolleginnen und Kollegen fast keinen Urlaub machen konnten, dann wird das auch nicht sein, dass man denen jetzt sagt, sie müssen jetzt auf Urlaub gehen. Auch diese Ausnahmen sind diesbezüglich geregelt. Hier sind natürlich die Führungskräfte sehr gefordert und in Zeiten wie diesen ist es ganz wichtig zu kommunizieren und es ist auch vernünftig, diesbezüglich auch mit den Betroffenen zu sprechen und nach Möglichkeit auch einvernehmliche Lösungen zu erzielen. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich hier auch bei allen Parteien, und auch den Oppositionsparteien bedanken für konstruktive

Gespräche zu diesen Novellen, die wir durchgeführt haben via Videokonferenz und ich denke, nach dieser Krise, die wir gemeinsam meistern werden, davon bin ich überzeugt, ist aber das Miteinander anders. Wir schätzen hoffentlich mehr die sozialen Kontakte, das Miteinander, das wir nicht für so selbstverständlich nehmen können. Wir schätzen hoffentlich mehr unsere Freiheit, sich überall hin bewegen zu können. Wir sehen hoffentlich auch, wie abhängig wir Europäer im globalen Spiel von anderen Ländern auch bei der medizinischen Versorgung sind und ich wünsche mir und uns allen, dass wir in Zukunft mehr Achtsamkeit gelernt haben. Menschen gegenüber im familiären Umfeld, jenen gegenüber, die uns versorgen und die Versorgung aufrecht halten, jenen gegenüber, die zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen getroffen haben, jenen gegenüber, die diese Maßnahmen auch umsetzen, und da sind sehr viele in den Verwaltungen sehr belastet, und lasst uns das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen nicht so wie bei der Finanzkrise dann vergessen, denn, und damit wir bald dorthin kommen, dass wir wieder zur Normalität zurückkehren können, schützen wir jetzt die anderen durch das Maskentragen, halten wir Abstand, und liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer, bleiben Sie gesund. (*Allgemeiner Beifall – 10.18 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Ich möchte mich persönlich bei jeder und jedem von euch ganz herzlich dafür bedanken, dass ihr meiner Bitte oder meiner Empfehlung gefolgt seid, und die NMS-Masken tragt. Es ist zum Schutz der anderen, nicht für euch selbst, und ich glaube, dass das ein sehr schönes Zeichen von Verantwortung ist. Am Rednerpult vorne ist es nicht notwendig, die Maske zu tragen, weil der Abstand zu allen anderen groß genug ist, damit wir nicht anstecken können. Wir werden nach jedem Redner das Pult desinfizieren und auch die Schutzhüllen der Mikrofone verändern, neu aufsetzen, damit auch hier die hygienischen Vorschriften eingehalten werden.

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Johannes Schwarz. Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (10.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Riener hat es ja bereits angesprochen: Wir leben in einer schwierigen Zeit, in einer schwierigen Zeit für das Land, für Österreich, für die ganze Welt - und unsere Gesellschaft wird vor große Herausforderungen gestellt. Ich bin der Überzeugung - wir alle, glaube ich, sind der Überzeugung, dass wir diese Herausforderungen nur gemeinsam meistern können. Und deswegen möchte ich auch zu Beginn meiner Ausführungen allen Steirerinnen und Steirern, die gerade in den systemerhaltend wichtigen Bereichen tätig sind, dafür danken, dass wir ein Zeichen setzen als Steiermark, als Österreich, dass wir in schwierigen Zeiten zusammenhalten, dass wir uns aufeinander verlassen können. Ich bin der Überzeugung, wenn wir das weiterhin fortsetzen, wenn wir die notwendigen Einschränkungen, die sich in unserem Leben jetzt darstellen, wenn wir die befolgen und wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dass aus dieser Gesundheitskrise nicht später auch eine starke Wirtschaftskrise und eine Krise im Arbeitsmarkt wird, wenn wir da gemeinsam daran arbeiten, dann bin ich mir sicher, dass wir es schaffen werden. In diesem Sinne: Danke allen Steirerinnen und Steirern, danke allen, die sich in den Einsatzorganisationen, in den Supermärkten, in allen Bereichen einbringen. Danke dafür, was Sie für unsere Gesellschaft leisten, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Allgemeiner Beifall)* Gerade in dieser Zeit ist es aber auch wichtig, dass wir als Politik Handlungsfähigkeit beweisen. Dass heute diese Landtagssitzung stattfindet zeigt, dass unser demokratisches System, dass unsere parlamentarische Demokratie auch in Zeiten der Krise gut funktioniert. Und dieses Zeichen zu setzen, ist, glaube ich, ganz entscheidend, weil wir auch Sicherheit geben wollen. Sicherheit für die Menschen im Land, dass wir unsere gesetzlichen, unsere parlamentarischen Aufträge auch in der Krise erfüllen können. Denn es ist an der Politik, hier auch Sicherheit zu geben. Die Bundesregierung hat ein umfassendes Maßnahmenpaket gesetzt, in verschiedensten Bereichen. Ich möchte nur die Kurzarbeit erwähnen, oder auch die Zinsunterstützung für die Unternehmen in unserem Land. Aber auch die Landesregierung hat gemeinsam mit uns Maßnahmen gesetzt. Sei es ein Härtefonds, Überbrückungskredite, sei es die Stundung der Landesdarlehen im Bereich des Wohnbaus, sei es ein Härtefonds im Bereich Kultur und Sport, und viele andere Maßnahmen, die sich vorläufig auf rund 55 Millionen Euro beziffern, Es werden aber auch noch fortwährend andere Pakete im Bereich des Arbeitsmarkts und im Bereich der Investitionen folgen müssen, weil natürlich entscheidend ist: Wie kommen wir aus dieser Krise wieder heraus? Wie kommen wir gemeinsam so gut heraus, dass wieder Arbeitsplätze geschaffen werden oder dass die Menschen, die jetzt in Kurzarbeit sind, wieder in die Arbeit zurückkehren können? Und wie werden wir unsere Konjunktur wieder stärker ankurbeln? In diesem Sinne: Danke

auch den anderen Fraktionen für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in den letzten Wochen. Wir sind im ständigen, nicht direkten, aber per Videostream möglichem guten Austausch und gutem Kontakt. Ich möchte mich ausdrücklich auch bei den anderen Fraktionen dafür bedanken, dass wir hier auch gemeinsam diesen Weg gehen. Es ist wichtig, dass wir, und die Frau Kollegin Riener hat es ja bereits angesprochen, diese Sammelnovelle beschließen. Der Kollege Dolesch wird dann noch auf die Änderung der Gemeindeordnung eingehen, aber es geht einfach auch darum, dass wir in dieser Zeit vor allem im Sozialbereich Sicherheit geben. Dass die Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind und diese benötigen, diese auch in Zukunft in diesen schwierigen Zeiten haben werden. Es ist wichtig, dass im Bereich der Pflege weiterhin die Versorgung aufrechterhalten bleibt. Es ist wichtig, dass auch im Gewaltschutz, im Bereich der Gewaltschutzeinrichtungen, für Versorgungssicherheit gesorgt wird und es ist insgesamt wichtig, dass auch die Landesverwaltung in Zeiten der Corona-Pandemie handlungsfähig bleibt und ist. In diesem Sinne möchte ich gar nicht so lange heute hier sprechen. Es geht darum, dass wir kurzfristig Maßnahmen auch im Bereich der Ausgangsbeschränkungen, setzen. Ich bin aber davon überzeugt, dass es notwendig ist, dass wir auch festhalten, dass das nur temporäre Beschränkungen sein dürfen. Dass wir, wenn diese Krise überstanden ist, unsere Grundfreiheiten im Vollumfang wiedererhalten. Denn es ist schon entscheidend, dass unser demokratischer Rechtsstaat, unser liberaler Rechtsstaat, der jetzt sehr gut funktioniert, dann auch mit den vollen Freiheitsrechten für jeden und jede einzelne – derzeit ist ja das Wort Auferstehung so beliebt –, dass dieser dann auch wiederaufersteht. Ob es jetzt genau nach Ostern sein wird, da bin ich mir noch nicht sicher. Aber auf jeden Fall, wenn diese Pandemie dann auch erfolgreich bekämpft worden ist. In diesem Sinne danke ich allen, die hier gemeinsam zum Wohle unseres Landes, zum Wohle der Steiermark arbeiten. Ich bin mir sicher, wenn wir weiter so gemeinsam zusammenstehen, werden wir das hinkriegen. Ein steirisches Glückauf. (*Allgemeiner Beifall – 10.25 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte schön.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.26 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream, die uns hoffentlich auch heute hier verfolgen bei dieser zweiten Sonderlandtagssitzung!

Ich möchte Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich freue mich ganz besonders, dass ich euch und Sie alle hier gesund wiedersehe. Viele von euch habe ich ja zwischendurch zumindest auch in diversen Videokonferenzen gesehen, in denen ich mittlerweile auch schon technisch einigermaßen versiert bin. Aber bevor ich kurz auf die Novelle und das, was wir heute beschließen werden, eingehe, möchte ich noch einmal anknüpfen an die Barbara Riener, die etwas sehr Schönes gesagt hat, mit dem, was wir alles jetzt spüren, was wir später einmal schätzen werden oder jetzt immer mehr zu schätzen beginnen in dieser Krise. Eines davon ist, das habe ich mir gerade beim Herausgehen gedacht, wie sehr ich es momentan schätze, wenn ich frei durchatmen kann. Ich bin froh, dass wir heute hier genug Abstand haben, dass wir ohne Maske sprechen können, weil das war für mich wirklich sehr, sehr schwer vorstellbar und auf der anderen Seite ist es auch irgendwie fast schon bewegend, wie schnell man dann, wenn man die Notwendigkeit hat, so eine gigantische Krise einzugrenzen, wie schnell man sich auch gewöhnt daran, Dinge zu tun, die bisher unvorstellbar waren. Wir alle sitzen hier heute, ihr alle sitzt hier heute auch mit Masken. Ich bin ebenfalls extrem dankbar dafür, dass sich dem alle wirklich angeschlossen haben, die heute hier sind. Ich möchte unseren Blick, unseren gemeinsamen Blick ganz kurz auf das richten, weil das, glaube ich, so notwendig ist, auch das Positive zu sehen im Moment, was bis jetzt schon geschafft wurde. Viele von euch haben wahrscheinlich auch gestern die Zeit im Bild gesehen, diese verschiedenen Grafiken der Kurven, also Gesamtzahlen und Ansteckungskurven und leider natürlich auch Todeszahlen in den verschiedenen europäischen Ländern. Und ich war so unglaublich froh und stolz und es hat mich auch direkt wirklich sehr bewegt, dass wir es bis jetzt geschafft haben in Österreich, die flachste Kurve zu haben. Zumindest von denen, die ich da gesehen habe. Ich glaube sogar, weltweit gehören wir zu denen, die das am schnellsten bis jetzt, und die Betonung muss immer auf bis jetzt liegen, eingegrenzt haben, diese Krise. Und hinter diesen flachen Kurven, das sind ja nicht nur irgendwelche Grafiken, da steht ja etwas dahinter. Und dahinter stehen einfach Menschenleben, schlicht und einfach Menschenleben, die wir alle gemeinsam gerettet haben, bis jetzt, durch das, wie wir uns verhalten haben, wie die Regierung sich verhalten hat, wie aber auch, ich sage jetzt auch auf Bundesebene und auch hier im Landtag, alle zusammengeholfen haben, im Bewusstsein, dass da etwas vor uns liegt, was wir alle noch nicht kennen und noch nie erlebt haben. Und hinter diesen Kurven steckt auch ein Unterschied, ein extrem wichtiger Unterschied zwischen diesem menschlichen Horror, den wir teilweise jetzt sehen in den Fernsehbildern, der sich direkt vor unserer Nase auch abspielt, jetzt in unserer europäischen Nachbarschaft, ganz nah, Italien, und der

Situation, die wir hier in Österreich haben. Und ich will da gar nichts beschönigen. Es ist alles andere als angenehm. Der Hannes Schwarz hat es auch gesagt, und auch du, Barbara Riener, da sind so viele andere Aspekte, so viele auch wirklich traurige, schmerzliche Aspekte, die wir auch jetzt spüren. Die Arbeitssituation von vielen Menschen, die existenziellen Sorgen, und so weiter. Aber wir sollten uns an so einem Tag wie heute eines jedenfalls bewusst machen: In Österreich ist aufgrund unserer Handlungen, unserer Verantwortung, wie wir sie übernommen haben, noch keine Ärztin und kein Arzt vor dieser unvorstellbar schrecklichen Situation gestanden, entscheiden zu müssen, wer von zwei Menschen die Beatmung braucht, und sie auch kriegt. Wer sozusagen leben darf, und wem man nicht mehr helfen kann. Ja, das bewegt mich unglaublich, das spüre ich auch gerade, aber dass das gelungen ist, ist eigentlich der größte Erfolg dessen, was wir hier bisher gemeinsam geschafft haben, alle miteinander. Und ich glaube, das sollen wir uns an einem solchen Tag wirklich bewusst machen. Es ist ganz viel bis hierher gut gegangen. Ich möchte mich auch diesem Dank anschließen, der vorher schon ausgesprochen wurde. Es ist so eine unglaubliche Dankbarkeit oft da, wenn ich mir überlege, welche Menschen, wie viele Menschen unser Gesundheitssystem, unsere Versorgungssysteme und auch die Menschlichkeit in dieser schwierigen Situation aufrechterhalten. Das stimmt mich immer wieder unglaublich zuversichtlich, das zu sehen. Ich habe, so wie sicher viele von euch auch, in den letzten Tagen und Wochen unglaublich viel Zeit in Videokonferenzen, aber auch am Telefon verbracht, um mit Menschen zu sprechen, die gerade jetzt, in dieser schwierigen Situation, sich um diejenigen kümmern, die es unbedingt brauchen. In Pflegeheimen, aber auch, ich spreche es ganz bewusst an, auf der Straße, wo immer mehr Menschen, das hat mich auch sehr erschüttert, von einem Bericht, den ich von einem leitenden Mitarbeiter der Caritas bekommen habe, auf der Straße, wo immer mehr Menschen sind, die sich schlicht und einfach Lebensmittel nicht mehr leisten können, weil in dieser prekären Situation einfach gewisse Systeme, die sie vorher noch hatten, zusammenbrechen. Und all diesen Menschen gilt wirklich auch mein, und ich denke, auch unser gemeinsamer großer Dank an dieser Stelle. Einen Bereich möchte ich noch besonders herausgreifen, weil er eh auch angesprochen wurde, von dir, Barbara, der Pflegebereich. Gerade hier, glaube ich, wird etwas sichtbar, was wir vorher vielleicht nicht so stark wahrgenommen haben, aber woran wir uns nachher auch erinnern sollten, wenn wir diese Krise überwunden haben. Ihr wisst es eh alle, wir sind, oder unser Pflegesystem ist primär abhängig von 24-Stunden-Betreuung zu Hause und von pflegenden Angehörigen. Das muss man immer und immer wieder betonen, die jetzt durch diese Situation und ihre

Folgewirkungen immer mehr in Bedrängnis kommen. Und vielleicht hilft uns das im Nachhinein dann auch, gewisse Reflexe, mit denen wir dann immer reagieren, wenn es um Menschen geht, die von außen kommen und für uns eigentlich ganz wichtige Arbeiten machen, verändern. Jetzt werden sie mit 500 Euro Boni teilweise hierbehalten, in Wirklichkeit kommen sie nicht zu ihren Familien, werden sogar teilweise eingeflogen. Vorher hat man ihnen oft noch wirklich wichtiges Geld für ihr Auskommen in ihrer Heimat gekürzt. Ich glaube, auch darüber werden wir zu einem späteren Zeitpunkt jedenfalls nachdenken müssen. Wir alle sehen aber auch gerade an vielen anderen Dingen, wie vieles vielleicht auch vorher schon falsch gelaufen ist. Ein Beispiel ist gestern in einer Fernsehdiskussion für mich nochmals so klar ausgesprochen worden: Schutzkleidung, Schutzmasken, viele lebensnotwendige Medikamente. Die Produktion von all diesen Dingen wurde über Jahre, Jahrzehnte in Billiglohnländer verlagert und jetzt, in der Krise, sehen wir, wie schwer es ist, das alles überhaupt ausreichend zu bekommen. Wir haben da echt ein Problem und wir werden dann nachher auch gemeinsam auf das alles hinschauen müssen. Aber, und jetzt komme ich doch noch einmal kurz zur Novelle und auch das hast du, Barbara, schon angesprochen, es ist in diesen Wochen jetzt extrem gut gelungen, aus dem, was ist, aus diesen Bedingungen, sage ich einmal, das Beste herauszuholen. Wir haben uns abgestimmt. Ich möchte mich dezidiert und ausdrücklich auch beim Herrn Landeshauptmann und beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter bedanken, die meinem Wunsch auf einen wirklich regelmäßigen Austausch auch noch einmal extra nachgekommen sind. Wir werden jetzt auch Videokonferenzen immer wieder nach den Regierungssitzungen haben. Also eigentlich wöchentlich. Das ist so wichtig in so einer Zeit, damit man sich gut versteht, damit man Missverständnisse ausräumen und sich bestmöglich austauschen kann im Sinne der Sache. Und bei einem dieser Punkte der Novelle, nämlich gerade bei der Mindestsicherung, Wohnunterstützung, ist einfach etwas gelungen, was mir extrem wichtig war, was schon mehrmals auch Thema war in Telefon- und Videogesprächen, dass nämlich die Menschen, die es am allernötigsten brauchen, die gerade in dieser Situation vielleicht es gar nicht alleine schaffen, einen Antrag auf Mindestsicherung neu zu stellen, wieder zu beantragen, dass da die Fristen verlängert werden, so, wie Barbara du das eh schon erklärt hast. Das ist ein riesiger und wichtiger Erfolg genau für diese am stärksten, letztendlich, betroffene Gruppe, in deren Namen ich mich ausdrücklich auch bedanken will, dass das gelungen ist. Abschließend kann ich auch nur sagen, ich glaube, abgesehen davon, dass nach wie vor im Vordergrund steht, dass wir weiter dranbleiben müssen, auch nach Ostern, um diesen Plan der Regierung

umsetzen zu können, wieder hochzufahren, ist das Wichtigste, dass wir nicht vergessen, was wir in dieser Krise gespürt haben, was wir an einem Tag wie heute spüren, wie es uns geht, und wie wir vielleicht auch in Zukunft viele Dinge, die wir in dieser Krise als positiv empfunden haben in unserer Zusammenarbeit, auch danach, sehr gut leben können. In diesem Sinne noch einmal danke euch allen. Ich hoffe, dass mit diesen Veränderungen, die wir heute beschließen, vielen Menschen auch in der Steiermark wirklich geholfen ist und wir den weiteren Ablauf aller Dinge gut gewährleisten können und danke allen, die so intensiv hier herinnen, aber auch draußen, weiter an dieser Bewältigung der Krise arbeiten. Danke.
(Allgemeiner Beifall – 10.37 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Heute werden auch einmal MitarbeiterInnen aus diesem Hause sichtbar, die ansonsten für uns so selbstverständlich da sind, wo wir alle ihr Tun immer so selbstverständlich hinnehmen, wie es im Moment auch draußen in der Gesellschaft oft ist, dass uns heute bewusst wird, wie viele Menschen für uns bereit sind, ihrem Job nachzukommen, um unser Leben möglich zu machen und ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich einmal bei diesen Menschen, heute stellvertretend bei denen, die wir hier immer in der Pause sehen, bedanken. Danke schön für euer Tun. *(Allgemeiner Beifall)*

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitteschön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (10.38 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende via Livestream!

Dem Dank kann ich mich nur anschließen, aber ich möchte den Dank gleich noch ein bisschen auf die Landtagsdirektion ausweiten und auf die Präsidentinnen dieses Landtages. Denn ich glaube, gerade in den letzten Tagen haben wir auch unter Beweis stellen können, dass wir sehr flexibel sind, wenn es um organisatorische Dinge geht. Es wurden sehr viele Telefonate geführt, sodass diese Sitzung hier heute so abzuhalten ist. Da gilt mein Dank auch wirklich Herrn Landtagsdirektor und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, vielen Dank.
(Allgemeiner Beifall)

Ja, es ist eine neue Situation. Ich glaube, ich brauche jetzt nicht wiederholen, was meine Vorredner und Vorrednerinnen gesagt haben und es ist natürlich schon auch ein eigenartiges Gefühl, wenn man so durch die Runde schaut, die Kolleginnen und Kollegen hier mit Masken sitzen sieht. Oder wenn man jetzt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Einkaufengehen – das ist alles etwas, was wir noch nie erlebt haben. Wir hoffen wahrscheinlich alle innigst, dass diese Zeit sehr schnell vorbei sein wird. Es gibt Unterschiede, wie man damit umgehen kann, und Unterschiede, wie man damit leben kann, weil es immer von der eigenen Lebenssituation abhängig ist. Alle, die jetzt da für uns arbeiten, sind in der Situation, dass auf sie viel, viel mehr zukommt, als für uns, die wir jetzt – und das kann ich an meinem eigenen Beispiel festmachen – eigentlich von heute auf morgen plötzlich sehr viel weniger zu tun hatten, weil sämtliche Veranstaltungen und Termine plötzlich weg waren. Jetzt läuft alles wieder an, jetzt haben sich die Videokonferenzen etabliert, jetzt hat man sehr viele Telefonate zu führen und jetzt merkt man, wie Menschen auch mit neuen Technologien umgehen und das Arbeitspensum steigt wieder. Aber, wie gesagt, es gibt verschiedene Berufsgruppen, die die ganze Zeit über sehr viel mehr getan haben, als uns vielleicht bewusst ist. Auch wenn wir hier jetzt schon mehrmals Danke gesagt haben, glaube ich, geht es auch darum, sehr gut auf diese Berufsgruppen hinzuschauen. Was brauchen die denn generell, auch wenn diese Krise vorbei ist? Es gibt nicht nur Menschen, die jetzt, so, wie wir das jetzt tun können, via Homeoffice arbeiten, sondern es gibt viele Menschen, die in Kurzarbeit sind und es gibt sehr viele Menschen, die jetzt arbeitslos geworden sind – zusätzlich zu denen, die wir schon hatten in der Steiermark. Jetzt sind die, die in Kurzarbeit gehen können, vermutlich den anderen gegenüber noch sehr froh. Aber man darf auch nicht vergessen, Kurzarbeit bedeutet weniger Gehalt, und dass diese Menschen Sorgen und Ängste haben, das ist, glaube ich, mehr als nachvollziehbar. Es ist, glaube ich, gerade unsere Aufgabe auch als Abgeordnete des Landtages da sehr gut hinzuschauen und auch zu schauen, wie es denen geht und es nicht sozusagen mit der Maßnahme abtun und sagen: „Naja, sind sowieso in Kurzarbeit. Passt schon.“ Es hat in den letzten Wochen sehr viel Information für uns gegeben und auch da möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Das ist z. B. etwas, was ich sehr gerne mitnehmen möchte für nach der Krise, dass auch die Klubobleute der Opposition laufend informiert werden, dass diese gute Kommunikation, wie sie im Moment vorherrscht, auch weiterhin gegeben sein möge. Viele dieser Hilfsmaßnahmen sind gut und richtig – keine Frage. Ich freue mich z. B. wirklich besonders darüber, dass jetzt auch Mindestsicherung und Wohnunterstützung telefonisch angesucht werden können, dass diese Maßnahmen einfach

auch verlängert werden. Also all diese Sachen, die jetzt wirklich die Einkommensschwächsten in unserer Gesellschaft treffen, dass man hier sehr rasch zu Lösungen gekommen ist, das freut mich. Weil denen geht es sowieso nicht gut und in einer solchen Krisensituation natürlich noch einmal schlechter als anderen.

Trotzdem wird es natürlich auch, was diese Maßnahmenpakete betrifft, die jetzt noch kommen werden, vermutlich Unterschiede geben in der Auffassung von uns allen, wie wir das jetzt gerne weiter gestalten möchten. Ich glaube, da ist es auch ganz wichtig, dass trotz unserer Einigkeit – und ich bin auch sehr froh darüber, dass wir uns in vielen Dingen jetzt sehr einig sind, damit wir hier in dieser Krise auch gut organisatorisch und rasch Maßnahmen abhandeln können – es Unterschiede geben wird und es ist auch notwendig, dass dieser Parlamentarismus, der schon angesprochen wurde, ich glaube von Kollege Schwarz, weiter hier stattfindet. Wir sehen, es ist möglich und es muss auch weiterhin möglich sein, unterschiedliche Ideen zu debattieren und auch unterschiedliche Mehrheiten zu finden.

Worüber ich auch sehr viel nachdenke, sind so Situationen, wie wenn man jetzt sagt: „Wir beschließen eine Maßnahme“ und das läuft dann an, und was ist inzwischen? Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich habe jetzt in den letzten zwei Wochen hauptsächlich mit sehr vielen Menschen telefonischen Kontakt gehabt, die jetzt aufgrund der Situation gekündigt wurden und die zwar wissen, jetzt können sie um Mindestsicherung ansuchen, wenn das Arbeitslosengeld zu niedrig ist, dass sie unter dem Existenzminimum liegen. Sie wissen auch, sie können jetzt um Wohnunterstützung ansuchen, weil sie jetzt die Kriterien erfüllen. Aber so schnell hier jetzt auch gearbeitet wird und so rasch da auch Anträge sozusagen positiv bearbeitet werden – man darf eines nicht vergessen: Denen fehlt inzwischen Geld, denn das Einkommen bekommen sie nicht mehr und bis sie diese Sozialleistungen erhalten, dauert es ein wenig. Das heißt, wir müssen auch auf diese Dinge sehr genau hinschauen. Das ist mir ganz, ganz wichtig.

Wir haben heute hier zwei Blöcke zu beschließen, wenn ich das so salopp formulieren darf, und ich will jetzt auf die einzelnen Punkte gar nicht eingehen, um hier nicht unnötig Dinge in die Länge zu ziehen. Eines ist mir nur wichtig, weil auch immer wieder Fragen von Menschen auftauchen, die sich auch große Sorgen machen. Ich glaube, Kollege Schwarz hat es auch angesprochen, was die persönliche Einschränkung der Freiheiten betrifft. Menschen, die sich auch Sorgen darüberemachen, dass man jetzt, wenn diese Krise herrscht und man sozusagen von der Bundesregierung/von der Landesregierung Vorgaben bekommt, wo man den Menschen vorschreibt, was sie zu tun und wie sie sich zu verhalten haben, dass da Ängste

auftauchen, dass wir hier in diesen Grundrechten beschnitten werden. Ja, im Moment ist das durchaus der Fall. Aber die fürchten sich auch davor, dass hier irgendetwas übrigbleiben könnte. Ich glaube, auch das muss man klipp und klar noch einmal sagen: Auch alles, was wir hier heute beschließen, hat ein Ablaufdatum, es gibt ganz klare Grenzen bis wann diese Lösungen sozusagen funktionieren sollen. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig den Menschen draußen auch zu kommunizieren. Wir beschließen hier jetzt nichts in Bausch und Bogen, was dann sozusagen allgemeine Gültigkeit hat, sondern es gibt ein Ablaufdatum.

Auch was jetzt die Gemeindeordnung betrifft, darauf möchte ich jetzt gar nicht näher eingehen – darauf wird mein Kollege, Dr. Murgg, noch eingehen. Auch hier wünschen wir uns, weil wir auch hier unterschiedliche Auffassungen haben, eine punktuelle Abstimmung.

Was mir auch noch wichtig ist zu sagen: Wir haben in den letzten Wochen so viel Danke gehört. Von den verschiedensten Stellen wurde gedankt und geklatscht und applaudiert – parallel dazu gab es einen Abschluss in der Sozialwirtschaft, über den ich maßlos enttäuscht bin. Genau jene Berufsgruppen, die wir jetzt alle völlig gerechtfertigt in den Mittelpunkt unserer Dankesreden stellen – Gesundheitsbereich, Pflegebereich, Sozialbereich –, die haben darum gekämpft, dass sie eine 35-Stunden-Woche bekommen. Das ist nicht gelungen. Ich glaube, klatschen alleine, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist zu wenig. Man muss gerade diese Berufsgruppen sich genau anschauen und auf diese Wünsche und Forderungen mehr denn je eingehen. Denn gerade jetzt sehen wir, wie notwendig wir diese Menschen brauchen. Ich hoffe – also für uns wird es nach wie vor ein Ziel sein hier Solidarität zu zeigen, um diese Menschen auch weiterhin zu unterstützen. Ich glaube, wir wünschen uns alle, dass diese Zeit möglichst schnell vorübergeht und dass wir möglichst schnell wieder zu einem normalen Leben kommen. Das wünschen wir uns auch. Ich wünsche mir auch, dass wir unsere Lehren daraus ziehen, dass wir sehen – unter Anführungszeichen: „Wer ist systemrelevant, wer braucht bessere Arbeitsbedingungen, wer braucht mehr Gehalt?“ Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir sehr genau über das Gesundheitssystem nachdenken werden müssen in der nächsten Zeit. Die Pläne, die hier am Tisch liegen – wo Bettenreduktion beinhaltet ist, wo Zusammenlegung beinhaltet ist. Das wird man sich sehr genau anschauen müssen, wie man damit umgeht. Genau jetzt sind wir froh über jedes einzelne leere Krankenhausbett, das wir zur Verfügung haben. Ich glaube, das sind die Dinge, mit denen wir uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden müssen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Bleiben Sie gesund! (*Beifall bei der KPÖ – 10.48 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Ich kann mich dem Dank der Frau Klubobfrau an die Landtagsdirektion wirklich nur anschließen. Es ist ein gutes Gefühl für uns, für das Präsidium – für Frau Präsidentin Kolar und auch für Kollege Deutschmann –, dass wir eine Landtagsdirektion haben, die auch in diesen herausfordernden Zeiten bereit ist Besonderes zu tun. Allein, wenn ich daran denke, die Plexiglasscheibe vor meinem Mikrofon, damit ich den Abstand auch einhalten kann zum Herrn Landeshauptmann – das wurde auch in Eigenregie gemacht. Es ist sichtbar, dass die Mitarbeiter in diesem Haus die Dinge auch tatsächlich mitleben und mittragen und ich glaube, das tut uns allen gut zu wissen, dass wir auch eine Direktion hinter uns allen, denn es ist ja unsere Direktion, haben, die uns gut begleitet. Ein herzliches „Vergelt’s Gott“ dafür.

Als Nächster zu Wort gemeldet, Herr Kollege Mario Kunasek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (10.49 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Vieles wurde schon gesagt und ich werde versuchen es nicht zu wiederholen. Aber eines hat mir auch ganz gut gefallen jetzt von der Vorrednerin, von Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, dass wir uns nicht nur auf das Applaudieren beschränken sollten und auf das Danksagen hier im Plenum des Landtages, sondern wir daran gemessen werden, was wir nach dieser Phase der Krise letztlich dann für die Betroffenen, für die vielen, die für uns jetzt da sind und in Zukunft für uns da sein werden, tun werden. Das heißt, hier steht uns einiges an Arbeit bevor und ich wünsche uns und wünsche mir, dass wir das, was jetzt an Positivem passiert seitens der Arbeiter, der Angestellten, der Unternehmer, die hier Durchhaltevermögen beweisen müssen, natürlich auch viele, die dafür sorgen, dass wir das Notwendigste haben und entsprechend auch ein funktionierendes Gesundheitssystem haben – nicht nur unseren Dank, sondern nachhaltige Verbesserungen für ihre berufliche Zukunft haben sollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich sage deshalb auch, dass wir heute hier ein Paket schnüren, wo wir Freiheitliche über viele, viele Teile dieses Pakets auch sagen können und überzeugt davon sind, dass es Notwendigkeiten sind, die wir hier heute beschließen. Es gibt aber Teile dieses Sammelpakets, wo wir Freiheitliche nicht ganz d’accord sind mit dem, was uns hier vorgelegt wurde – aber dazu vielleicht etwas später.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute schon gehört und wir alle wissen es, dass wir in einer, sagen wir es einmal, sehr angespannten Situation im Bereich der Gesundheit leben, dass wir eine Gesundheitskrise haben, die wir letztlich nur gemeinsam lösen können. Die wir auch nur mit gemeinsamen Kräften bewerkstelligen können, ich aber davon überzeugt bin, dass wir sie bewerkstelligen können. Ich möchte hier ein paar positive Dinge herausstreichen und ein paar Dinge, die vielleicht noch besser sein könnten. Auf der einen Seite das Positive zumindest das, was hier den Landtag betrifft. Ich bedanke mich bei den Parteienvertretern, bei den Klubobmännern, auch beim Herrn Landeshauptmann, beim Stellvertreter, dass es möglich ist, in besonderen Zeiten, auch besonders positive Maßnahmen zu setzen, was die Kommunikation betrifft, den Austausch betrifft, aber auch ganz, ganz wichtig – vor allen Dingen glaube ich auch für die Oppositionsparteien – einen niederschweligen und einfachen Zugang zu den entsprechenden Regierungsbüros und Entscheidungsträgern, weil auch wir selbstverständlich mit dem einen oder anderen an Fragen konfrontiert werden. Das hat sehr gut funktioniert und ich bitte dich, Herr Landeshauptmann, und dich, lieber Toni Lang, das auch an eure Regierer weiterzugeben. Aus meiner Sicht kann das durchaus auch nach der Krise so bleiben. Wir würden uns das eine oder andere an politischem Hick-Hack möglicherweise ersparen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, darf jetzt eines nicht passieren, nämlich, dass wir in dem kollektiven Danke-Sagen darauf vergessen, dass es auch dort und da Dinge gibt, wo es Verbesserungen bedarf, auch im demokratischen Miteinander auch Verbesserungen bedarf. Ich bin auch sehr froh und dankbar, dass alle, die sich heute zu Wort gemeldet haben, richtigerweise gesehen haben, dass wir natürlich auch selbstverständlich – was unser gemeinsames Tun und unsere gemeinsame Kommunikation, das Meistern dieser Krise betrifft – schon auch noch Luft nach oben haben. Deshalb muss es uns möglich sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass vor allen Dingen für jene, die besonderen Schutz brauchen, auch diesen Schutz gemeinsam sicherstellen. Da meine ich jene, die im medizinischen Bereich eingesetzt sind, die nicht das Privileg haben jene Schutzausrüstungen, die es braucht, das raschest möglich auch sicherzustellen und natürlich auch den Schutz der besonders Gefährdeten raschest möglich umzusetzen.

Der zweite Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Bereich der Wirtschaft. Da möchte ich anmerken, dass ich sage, dass das erste Paket, das geschnürt wurde, mit etwas über 50 Millionen Euro aus unserer Sicht nicht ausreichen wird, um letztlich all das abzufedern, was hier auch an nachhaltigem Schaden der Wirtschaft zugefügt wurde oder die

Situation zu bereinigen ist. Das heißt, wir brauchen die Maßnahmen des Bundes, aber wir brauchen auch rasch die Möglichkeiten und die Unterstützung des Landes. Lieber Anton Lang, ich bitte dich wirklich, wie auch letzte Woche bereits in der Videokonferenz angemerkt, dieses zweite Paket, das ja informell schon kommuniziert wurde, möglichst rasch auf die Beine zu stellen, auch hier dafür zu sorgen, dass die Mittel dort ankommen, wo sie ankommen müssen, nämlich bei jenen, die rasch auch entsprechend Unterstützung brauchen.

Der dritte Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, den ich ansprechen möchte, wenn wir von Gesundheitskrise, von Wirtschaftskrise sprechen, dann ist das auch eine sehr angespannte Situation im Bereich der Freiheit, die wir selbstverständlich erleben. Wir haben alles daranzusetzen, aus dieser angespannten Freiheitssituation, die jetzt so ist, wie sie ist, und von uns allen, wie man sieht, auch mit Masken, mit Ausgangsbeschränkungen, mit Abständen, die vergrößert werden, gelebt werden, nicht eine nachhaltige Freiheitskrise bleibt. Ich glaube, das ist eine der größten Verantwortungen, die wir als Demokraten, als gewählte Volksvertreter und ich meine als Parteiohmann der Freiheitlichen Partei, wo im ersten Satz des Parteiprogramms steht „Freiheit ist das höchste Gut“, wohl auch für uns alle insgesamt einer der größten Aufträge dahintersteht. *(Beifall bei der FPÖ)* Ja, es braucht im Moment Maßnahmen, die notwendig sind, um die Gesundheitskrise abzuwenden, die Wirtschaftskrise abzuwenden, aber dann brauchen wir auch wieder eine Situation, wo es mit Beschränkungen der Freiheit entsprechend ..., ja, wo diese abzustellen sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte und fordere Sie alle auf, dort, wo es Wünsche und Ideen gibt diese Freiheit überbordend einzuschränken – ich gehe jetzt nicht auf den Nationalratspräsidenten ein, der verpflichtende Apps haben möchte, ich gehe auch nicht auf die Forderung nach Schlüsselanhängern ein, wo man von einem Totalüberwachungsstaat sprechen kann, nein – aber ich fordere uns auf, dort wo wir erkennen, dass es überbordende Einschränkungen der Freiheit, der Grundrechte unserer Menschen gibt als Demokraten parteiunabhängig über alle Parteigrenzen hinweg hier auch entsprechend aufzutreten. Lieber Herr Landeshauptmann, da hast du selbstverständlich als Landeshauptmann der Steiermark eine große Verantwortung, aber wir alle miteinander, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen diese Verantwortung auch entsprechend sehen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zum vorliegenden Gesetz nur ganz kurz, Barbara Riener hat bereits große Teile und Eckpunkte dieses Gesetzes erörtert und, wie gesagt, es sind viele Teile dabei, die wir durchaus unterstützen. Wir haben aber einen Bereich hier auch wieder ..., eigentlich, weil auch beim letzten Mal, wie wir uns getroffen haben, da haben wir uns noch erreicht in

gemeinsamen Verhandlungen, um Reparaturen herbeizuführen. Aber hier auch wieder eine Situation, dass wir sagen: „Ja, es braucht spezielle Maßnahmen, aber die dürfen nicht überbordend und die müssen auch klar messbar sein.“ Ich gehe hier auf den Artikel 10 dieses Gesetzes ein, wo im Krankenanstaltengesetz geregelt ist, wann diese Ermächtigungen zum Tragen kommen und zur Umsetzung gelangen. Da ist festgehalten, dass diese Ermächtigungen im Falle von Epidemien, Pandemien, kriegerischen Auseinandersetzungen und sonstigen Krisensituationen zu tragen kommen sollen und dieses Gesetz zur Anwendung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Freiheitliche können diesem Gesetz nicht zustimmen, weil es uns nicht gelungen ist, diese für mich zu unklar definierte „allgemeine Krisendefinition“ aus dieser Gesetzesnovelle entsprechend zu reparieren. Wir hätten uns gewünscht, dass wir das so schaffen wie bei der Gemeindewahlordnung das letzte Mal, wo wir ganz klar die vier Bereiche festgemacht haben und damit auch für uns klar messbar ist, wann diese Maßnahmen zu tragen kommen und wann sie nicht zu tragen kommen. Das heißt, wir werden diesem Artikel 10 nicht unsere Zustimmung erteilen und ich darf auch schon auf den nächsten, zweiten Bereich eingehen, der dann zur Diskussion und zur Debatte steht. Wir werden selbstverständlich auch dort, wo ich denke, die NEOS sollten den Abänderungsantrag einbringen, wir im Bereich der Gemeinden schon auch darauf drängen müssen, dass wir in dieser Spezialsituation trotzdem Information und Transparenz für unsere Bürger brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das heißt, hier gilt es ganz genau hinzusehen und hier werden wir Freiheitliche auch in Zukunft ganz genau hinsehen, d.h. ich darf erst einmal formell auch einmal die punktuelle Abstimmung hinsichtlich Artikel 10 des Covid-19 Sammelgesetzes hier beantragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme damit zum Abschluss. Es ist heute sehr viel davon gesprochen worden, dass wir alles daransetzen werden und müssen, um diese Krise abzuwenden. Ich sage deshalb ganz klar, ja, wir Freiheitliche bekennen uns nach wie vor zu dem eingeschlagenen Weg des sogenannten Schulterchlusses. Aber ein Schulterchluss kann nur passieren, wenn es zwei Schultern gibt, die man schließen kann – d.h. es braucht die Opposition und es braucht die andere Seite, die Regierung. Es braucht natürlich auch von beiden Seiten entsprechendes Wollen. Ich bitte und fordere wirklich die Regierungsfractionen auf den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und dort, wo es Probleme und Schwierigkeiten in den letzten Tagen gegeben hat, diese zu beheben. Ich sage euch ganz offen, als Abgeordneter dieses Hauses habe ich mich sehr gewundert, das am Donnerstag am Abend bzw. Freitag in der Früh in der Zeitung zu lesen war, was wir heute beschließen

werden. Das sind Dinge, die sollten in Nicht-Krisenzeiten nicht passieren, aber sie sollten schon gar nicht passieren, wenn man den sogenannten weiß-grünen Schulterchluss lebt. Das heißt, hier bitte ich um besondere Sensibilität. Und, ja, Frau Abgeordnete Klubobfrau Klimt-Weithaler hat es richtig gesagt, ich glaube auch Hannes Schwarz und alle meine Vorredner, wir brauchen parlamentarische Normalität, ein Leben der Geschäftsordnung, keine weiteren Beschränkungen auch unserer parlamentarischen Tätigkeiten und vor allen Dingen auch eine parlamentarische Kontrolle – d.h. das Einbringen von Schriftlichen Anfragen, aber selbstverständlich auch hier im Hohen Haus muss eine ordentliche Debatte, das Bündeln der Kräfte, auch der Kampf um die besten Ideen und das gemeinsame Umsetzen zukünftig wieder vermehrt im Mittelpunkt stehen. Man muss Ideen und Kritik zulassen und ich sage, ja, Demokratie und Parlamentarismus gerade hier muss gelebt werden. Wir senden hier Signale aus und in schwierigen Zeiten ist es notwendig positive Signale auszusenden – d.h. wir brauchen Entschlossenheit, Durchhaltevermögen, aber letztlich auch positive Energien, um diese Krise bestmöglich zu meistern.

Letzter Absatz: Ich gebe auch meinen Vorrednern recht, dass wir nicht nur Schlüsse ziehen müssen, was die betroffenen Personen – und in Wahrheit ist jeder Österreicher von dieser Krise betroffen – betrifft, sondern wir müssen auch die richtigen Schlüsse für unsere Zukunft ziehen. Nämlich, wie geht es weiter mit der Versorgungssicherheit in Österreich? Wie geht es weiter im Bereich der Sicherheit in Österreich? Was planen wir im Gesundheitsbereich weiter fortzusetzen und gibt es vielleicht dort und da Überlegungen, wieder ein paar Schritte zurückzugehen, um weitere Schritte nach vorne schauen zu können? Wir brauchen Autarkie und Resilienz, die wir über viele Jahre verloren haben, weil man vielleicht dort und da den Sparstift auf der falschen Seite angesetzt hat. Ja, liebe Sandra Krautwaschl, du hast Recht, vieles wurde in das Ausland verlagert. Ich sage jetzt ohne politische Polemik, natürlich auch (*Präsidentin Khom: „Bitte um deinen Schlusssatz.“*) weil es Parteien in Österreich gegeben hat, die gerade das auch wollten – nämlich eine überbordende Globalisierung, wo wir heute erkennen, dass in vielen Bereichen diese Globalisierung in dieser ausgeprägten Form nicht der richtige Weg war. Wir erkennen, dass die Europäische Union in vielen Bereichen (*Präsidentin Khom: „Herr Klubobmann, ich bitte dich um deinen Schlusssatz.“*) – ich bin beim letzten Satz, Frau Präsidentin – handlungsunfähig ist und nationale Autarkie und Resilienz Gebot der Stunde sind. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ – 11.02 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Werner Murgg. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (11.03 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen und möglicherweise auch liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause an den Bildschirmen!

Ich möchte – Kollegin Klimt-Weithaler hat es angekündigt – ein paar Gedanken sagen, warum wir beim N2 bezüglich Artikel 1 § 56a und Artikel 2 § 51a eine getrennte Abstimmung möchten. Ich kann mich wirklich kurzhalten. Es haben einige Vorredner vor mir gesagt, dass das parlamentarische Getriebe auch in besonderen Zeiten – unter Anführungszeichen – „normal“ weitergehen sollte. Meiner Meinung nach gehört zu einem demokratischen Parlament dazu, dass Beschlüsse, die gefasst werden, vorher diskutiert werden können in diesem Gremium. Jetzt wird vorgeschlagen – zwar befristet bis Ende des heurigen Jahres, dass wir, wenn die Umstände danach sind, Gemeinderäte nicht mehr normal einberufen können, sondern beispielsweise mit ihnen Videokonferenzen abhalten, dass wir sie ohne Zuschauerinnen und Zuschauer durchführen können, dass alles könnten wir noch mittragen, aber dass es auch möglich sein soll Umlaufbeschlüsse zu fassen. Unserer Meinung nach, ich sagte es eingangs, gehört es zu einem demokratischen Gremium dazu, dass man Beschlüsse, die dieses Gremium fasst, vorher gemeinsam diskutiert werden und das ist bei einem Umlaufbeschluss nicht möglich. Also ich schaue jetzt auch ein bisschen in die Steiermark hinaus, was passiert – Leoben, in Graz, wir halten „ganz normale“ unter Anführungszeichen „Gemeinderatssitzungen“ ab, die halt in größeren Örtlichkeiten tagen, damit man die Abstände einhalten kann. Möglicherweise plant auch die eine oder andere Gemeinde über Video-Konferenzen das abzuhalten. Das ist alles möglich, richtig und gut, aber ich habe noch nicht gehört, dass tatsächlich irgendwo Gemeinderäte mit Umlaufbeschlüssen die Beschlüsse fassen – deshalb halte ich das für über das Ziel hinausschießen, deswegen werden wir gegen diese beiden, 56a und 51a, stimmen. Wir müssen auch, obwohl ich die Intention der NEOS verstehe, gegen den Abänderungsantrag der NEOS stimmen. Wir sind ohne Weiteres dafür zu haben diese Gemeinderatssitzungen im Internet zu übertragen, aber so, wie es die NEOS formulieren, schließt es ja nicht aus, dass Umlaufbeschlüsse gefasst werden können in dieser Abänderung des § 56a. Deswegen werden wir auch gegen den Abänderungsantrag der NEOS stimmen.

Jetzt fällt mir ein, vielleicht sage ich doch noch was: Sie haben es noch nicht eingebracht, aber ich nehme an, die FPÖ wird auch einen Entschließungsantrag einbringen bezüglich einer besonderen – ich sage es einmal so: Wohnunterstützung. Es ist nichts dagegen einzuwenden, aber so, wie Sie ihn verlangen, können wir nicht zustimmen. Denn ich sehe nicht ein, wenn jemand beispielsweise von Vöcklabruck vor eineinhalb Jahren nach Graz gezogen ist und jetzt seine Arbeit verliert, auch keine Wohnunterstützung bekommt, dass dieser, nur, weil er in Graz nicht vier oder fünf Jahre bereits gelebt hat, aus diesem Topf des Landes diese Sonderunterstützung nicht bekommen soll. Also wenn Sie diese Mindestaufenthaltsdauer rausstreichen, sind wir gerne dabei, andernfalls nicht – andernfalls können wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 11.07 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Robert Reif. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Reif – NEOS (11.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Die Masken macht eine Schneiderin bei uns im Ort, die gibt es zu bestellen – weil wer gefragt hat.

Eine Erkenntnis aus der Krise, die ich durch diverse Social-Medien-Kanäle in Erfahrung gebracht habe in letzter Zeit, ist es, wie viele von uns eigentlich Tiere zu Hause haben – Katzen, Hunde u.dgl. sieht man sehr oft bei Homeoffice, Fotos oder diversen Videos oder auch bei gewissen Videokonferenzen, wo sie halt einmal durchs Video huschen. Tiere, die uns ein Gefühl des Miteinanders geben, ein Gefühl des Nicht-Alleinseins. Deshalb ist die Zeit reif für ein stärkeres Miteinander, für einen festeren Zusammenhalt nicht nur zwischen uns Bürgerinnen und Bürgern, sondern vor allem auch zwischen uns Parteien und uns als Politiker. Regierung und Opposition tragen gemeinsame Verantwortung für die Werte, welche wir in der Corona-Krise hochhalten und in der ersten Sammelnovelle haben wir gesehen, welche Werte uns verbinden. Rücksicht auf die Schwächsten der Gesellschaft, die Fahne der Rechtsstaatlichkeit gerade in Zeiten der Krise hochzuhalten. Heute können wir stolz darauf sein, dass wir gemeinsam eine Novelle beschließen werden, die für viele Menschen in der Steiermark gerade jetzt so wichtig ist. Wir sind als Gesellschaft nur so stark, wie unsere

schwächsten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das sagt sehr viel über unsere Gesellschaft aus, wie wir in den herausforderndsten Zeiten genau mit diesen Menschen umgehen. Eine Gesellschaft definiert ihre Gerechtigkeit gerade für Liberale darüber, wie man die Schwächsten in ihrer Gesellschaft behandelt. Wir sprechen in der Corona-Krise oft von Risikogruppen, die wir schützen müssen – da fallen mir meine Großmutter, meine Eltern oder meine Nachbarin ein, die mit 93 Jahren alleine in ihrem Haus ist. Wir denken an Menschen, die wir vor Krankheiten bewahren müssen, weil es ihr Immunsystem nicht schafft. Gerade jetzt auch in der Krise merkt man, wie die Steirerinnen und Steirer einander helfen und unterstützen. Wir NEOS denken immer groß vom Menschen und gerade diese Pandemie zeigt, wie Menschen über sich hinauswachsen können. Unser Dank gilt all denen, die jetzt in diesen Tagen mehr tun als nur ihre Pflicht – egal, ob in Krankenhäusern, die niedergelassenen Ärzte oder auch in der Pflege, die Polizei und bis an die Supermarktkasse oder im LKW oder bei der Müllabfuhr. Jetzt erfahren die Menschen den Respekt und die Aufmerksamkeit, die ihnen auch in gewöhnlichen Zeiten hätte zuteilwerden sollen und müssen. Gleichzeitig schwappt eine Welle der freiwilligen Mitmenschlichkeit durch die Steiermark. Wie viele haben sich freiwillig gemeldet, um ihren Mitmenschen zu helfen? Sei es als Zivildienstler, die sich freiwillig wieder zurückmelden, seien es die Schüler und Studenten und viele weitere, die für die Risikogruppen einkaufen gehen oder seien es die Menschen, die wissen, es ist Erntezeit und ohne Erntehelfer verschimmelt unser Essen auf dem Feld. Gerade Corona zeigt uns auch, dass wir im Grünen Herzen Europas sind, wie trotz gesicherten transnationalen Warentransports, sobald der freie Dienstleistungsverkehr ausgesetzt ist, ganze Branchen in eine Existenzkrise kommen. Von der Landwirtschaft habe ich schon gesprochen, aber auch viele Pflegerinnen und Pfleger, die nicht in ihre Heimat fahren dürfen, die jetzt von ihren Kindern und Familien getrennt sind, leisten persönlich sehr, sehr viel. Ein Herz kann nur schlagen, wenn die Venen und Arterien funktionieren – und unsere Lebensadern fließen nicht nur innerhalb von Österreich, sondern natürlich auch zu unseren slowenischen und ungarischen Nachbarn. Es ist wichtig und richtig, wie wir gerade handeln, um die Menschen zu schützen, die es nur sehr schwer selbst tun können. Doch wir dürfen uns keinesfalls ausruhen. Denn wir wissen, viele Probleme werden jenseits der gesundheitlichen Problematik auf die Steiermark zukommen: Arbeitslosigkeit, Armut und Gewalt in Familien. Hier müssen wir als Politik entschlossen handeln, um die Folgen dieser zweiten Corona-Krise, die direkt nach der gesundheitlichen Corona-Krise kommt, abzufedern. Gerade deshalb ist der Antrag die Fristen im Gewaltschutzgesetz zu verlängern ein wichtiges und richtiges

Signal. Ich möchte in keiner Gesellschaft leben, in der sich Opfer von Gewalt entscheiden müssen, ob sie in einer Pandemie auf der Straße landen oder zurück müssen zum Gewalttäter. Wir denken besonders an viele Frauen, die, wie wir wissen, momentan von einer stärkeren häuslichen Gewalt bedroht sind. Da ist es ganz klar, dass wir für ausreichende Hilfeleistung sorgen müssen, um allen Bürgerinnen, die Schutz suchen, diesen auch so schnell wie möglich bieten zu können.

Die gleiche Logik gilt auch für die Verlängerung der Mindestsicherung, der Sozialhilfe und der Wohnungsunterstützung. Zu Zeiten der Pandemie sollte niemand, der/die in der Steiermark lebt, die Sorge haben auf der Straße zu landen. Die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger ist es, die notwendigen Maßnahmen, die es unbedingt braucht, damit unser Land schnellstmöglich wieder aus der Krise kommt, so gut wie sie können zu befolgen. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, den Menschen zuzuhören und gemeinsam rasch zu handeln. Also denken wir bitte auch an die Bürgerinnen und Bürger, deren ganzes Leben gerade mächtig durcheinandergewirbelt wird; an die, die wir schützen müssen, nicht, weil es ihr Immunsystem nicht kann, sondern weil diese Ausnahmesituation dazu geführt hat, dass ihr Arbeits- und Privatleben gerade in allen Grundfesten erschüttert wird. Natürlich sind das die Menschen, die ihre Arbeit verloren haben oder die in Kurzarbeit geschickt wurden. Hier haben wir dafür zu sorgen, dass alle Grundbedürfnisse des täglichen Lebens erhalten bleiben und vor allem Familien auch in der Krisenzeit ein halbwegs normales Leben führen können.

Die Lehrerinnen und Lehrer machen mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln einen eindrucksvollen Job, um weiterhin den Schülerinnen und Schülern Wissen zu vermitteln. Aber es ist tragisch zu sehen, dass im sogenannten Home Schooling die sozialen Bruchlinien in der Gesellschaft wieder stärker sichtbar werden. Pädagoginnen und Pädagogen berichten, dass sie gewisse Schülerinnen und Schüler einfach nicht erreichen können. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Schulgeneration „Corona“ keine Generation „Lost“ wird. Wir sehen eindeutig, wie wichtig es ist alle Steirerinnen und Steirer nicht nur vor dem Corona-Virus zu schützen, sondern wir haben die Pflicht dafür zu sorgen, dass hier über die Grundbedürfnisse hinaus ein so gut wie möglich normales Leben bewahrt wird. Eine große Herausforderung mit Corona steht uns erst noch bevor, aber gemeinsam können wir auch aus dieser Krise gestärkt hervorgehen.

Bleiben Sie, bleibt ihr gesund. Danke. *(Beifall bei den NEOS – 11.17 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Marco Triller, bitte schön.

LTabg. Triller, BA, MSc – FPÖ (11.18 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher!

Wir sind, glaube ich, alle einer Meinung, dass diese Krise wirklich eine sehr, sehr große ist. Ich bin 33 Jahre alt und habe mittlerweile in diesem Ausmaß noch nie etwas in meinen Leben mitmachen müssen, wie diese Corona-Krise. Bin im Jahr 1986 auf die Welt gekommen, da war gerade Tschernobyl, ich aber noch nicht auf der Welt. Ich weiß nicht, ob das vergleichbar ist, ich glaube nicht, was so die Aussagen meiner Eltern und auch Großeltern sind. Es ist eine große Herausforderung für die gesamte Welt, aber gerade für Österreich und die Steiermark. Ich gehe davon aus, und ein paar haben es angesprochen, es sind viele von Ihnen von Menschen kontaktiert worden, die in dieser Situation Hilfe brauchen, die aber auch unter anderem ihr Leid beklagt haben. Ich gehe davon aus, dass viele von Ihnen Anrufe bekommen haben, in den sozialen Medien auch dementsprechend kontaktiert und um Hilfe gebeten worden sind. Genauso ist es mir ergangen. Ich möchte nur kurz drei Beispiele auch nennen, es waren viele mehr, aber aus meinem Umfeld, aus meiner Region kommt z.B. ein Unternehmer, der 1.200 Euro Miete im Monat für sein Lokal, der hat ein kleines Gasthaus, 1.200 Euro Miete zahlen muss für dieses Lokal, 1.000 Euro seitens des Landes vom Härtefonds bekommen hat. Da ist aber die Miete dann noch nicht abgedeckt, da sind die Lebenserhaltungskosten nicht abgedeckt. Es ist die Wohnungsmiete nicht abgedeckt und viele andere Dinge, wie Betriebskosten genauso nicht. 1.000 Euro sind da schon um einiges weniger, als was der eigentlich benötigen würde. Wenn man bedenkt, dass diese Kosten eben so hoch sind, dass er ohne Umsatz und ohne Gewinn, die er in diesem Monat mittlerweile gehabt hat, den Rest finanzieren muss. Eine weitere Unternehmerin hat sich bei mir gemeldet, die ein Nagelstudio betreibt, die hat 500 Euro vom Härtefonds bekommen. Die Miete des Nagelstudios beträgt 700 Euro. Sie muss auch in weiterer Folge ihre Lebenserhaltungskosten und die Wohnkosten finanzieren. Dann hat sich eine alleinerziehende Mutter bei mir gemeldet, die hat zwei Kinder, ist Teilzeit beschäftigt gewesen, wurde in dieser Zeit gekündigt und ist jetzt alles, sie ist Mutter, was sie eh schon immer war, sie ist aber auch Lehrerin – die Kollegin Grubesa hat das ja auch einmal angesprochen – und vieles mehr. Sie ist keine ausgebildete Lehrerin, das muss man auch dazu sagen. Ich habe auch ein

schulpflichtiges Kind zu Hause, bin auch kein ausgebildeter Lehrer und da müssen sich dann die Eltern auch mit dem herumschlagen, was nicht so einfach ist. Sie hat mich gefragt, ob es für Alleinerziehende irgendwelche Möglichkeiten gibt, diese zu unterstützen. Nach meiner Recherche gibt es derzeit noch nichts. Ich glaube auch da gilt es Handlungen zu setzen, um diese Leute zu unterstützen. Da geht es genauso um diese Grundbedürfnisse, wie Wohnen und die lebenserhaltenden Maßnahmen auch umzusetzen. Wohnen ist zweifelsohne ein Grundbedürfnis und muss für alle Österreicher auch leistbar sein. Deshalb muss es gerade in Krisenzeiten eine ausreichende Wohnunterstützung für bedürftige Staatsbürger geben. Das Land Oberösterreich hat z.B. unter dem zuständigen Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner bereits gehandelt, die haben eine COVID19-Wohnkostenhilfe eingeführt in Oberösterreich. Das ist eine befristete und für maximal drei Monate bewilligte Unterstützung aus Mitteln der Wohnbauförderung. Es ist eine Soforthilfe für jene Menschen, die im Zusammenhang mit der aktuellen Krisensituation Corona-Virus plötzlich über ein stark vermindertes oder gar kein monatliches Einkommen verfügen, und einfach rasche Hilfe zur Deckung der Wohnkosten benötigen. Dieses soll nicht nur als Hilfe bei der Deckung der Mietkosten von Selbstständigen, sondern auch bei Personen, die von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind, dienen. Es sind natürlich sehr viele Personen und ich weiß, dass ihr alle jemanden aus eurem Umfeld kennt. Die brauchen eben diese nötige Unterstützung um zumindest für die Wohnkosten aufzukommen. Die Menschen machen sich berechtigterweise eben Sorgen um ihre Familie, um ihren Arbeitsplatz sowie ganz generell um die Zukunft. Wir wissen ja nicht, wie lange dieses Virus oder diese Krise noch anhält. Jetzt sagt man, im Mai wird das etwas gelockert auch für mehrere Unternehmen. Ich glaube ab 14. wird es auch schon für kleinere Lokale, für kleinere Geschäfte geöffnet, aber wer weiß, wenn sich die Lage abrupt ändert, dann kann es wieder sein, dass wir vielleicht zurückkommen und wieder schärfere Maßnahmen setzen müssen. Genau in diesen schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass wir als politische Verantwortungsträger die Grundbedürfnisse der Menschen finanziell abdecken. Viele leiden wirklich darunter. Ich weiß, dass ihr alle mit vielen Menschen auch darüber gesprochen habt und die mit Sicherheit ihr Leid beklagt haben. Ganz egal, ob das jetzt ein Unternehmer ist, ob das ein Angestellter, ein Arbeiter, ein Hackler in dem Sinn ist, ja einige sind in die Arbeitslosigkeit gekommen und können sich auf Grund dessen die Miete in diesem Monat oder im nächsten Monat vielleicht nicht mehr leisten. Ich glaube, das ist eine gute Lösung, die es da in Oberösterreich gibt, die da zustande gekommen ist und es wäre gut,

dass wir dieses Modell auch in der Steiermark übernehmen, damit wir unsere Bürgerinnen und Bürger in der Steiermark dementsprechend unterstützen können. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich darf daher den Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die Einführung einer „Corona-Wohnkostenhilfe“ für jene Personen, deren Einkommensverlust (etwa infolge von Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit, vermindelter selbstständiger Tätigkeit) beziehungsweise finanzielle Notsituation in direktem Zusammenhang mit „COVID 19“ steht, in die Wege zu leiten, entsprechende Kriterien – ein gleichzeitiger Bezug der Wohnunterstützung soll dabei ausgeschlossen und Punkt 2.2. der Zuweisungsrichtlinien der Stadt Graz hinsichtlich eines Mindestaufenthalts übernommen werden – auszuarbeiten und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Bitte um Annahme des Antrages. *(Beifall bei der FPÖ – 11.25 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Nikolaus Swatek. Bitte schön Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (11.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen und natürlich sehr geehrte Steirerinnen und Steirer zu Hause vor dem Livestream!

Die Corona-Krise bringt für uns Bürgerinnen und Bürger die größten persönlichen Einschnitte seit dem Zweiten Weltkrieg mit sich. Einschnitte, wie sie meine Generation noch gar nie erlebt hat. Einschnitte, die ein Ziel verfolgen, unsere Gesundheit zu schützen. Daher bleiben die Bürgerinnen und Bürger auch gerne zu Hause. Daher treffen wir Bürgerinnen und Bürger jetzt zu Ostern auch nicht unsere Verwandtschaft und daher tragen wir Bürgerinnen und Bürger jetzt in der Öffentlichkeit auch Maske um das Ziel zu verfolgen, andere zu schützen, aber auch um sich selbst zu schützen vor der möglicherweise sogar tödlichen Infektion. So ist es natürlich sehr schön zu hören, dass diese Einschnitte, die wir alle tagtäglich auf uns nehmen, auch bereits ihre ersten Erfolge vorweisen können. Erst vor wenigen Tagen war die Zahl der Genesenen täglich höher als die Zahl der Neuinfektionen. Das ist für uns in Österreich ein wichtiger Meilenstein um auch zu sehen, dass die Maßnahmen, die wir gesetzt haben auch wirken. Doch die Corona-Krise darf jetzt nicht dazu verwendet werden, noch weitere Einschnitte zu genehmigen und darf nicht dazu hergenommen werden, um sogar Einschnitte in unsere Grund- und Freiheitsrechte anzugehen. Rechte, die keine Selbstverständlichkeit

sind, Rechte, für die unsere Vorfahren viel riskiert haben, Rechte, die man teilweise in anderen Ländern gar nicht findet. Aber leider scheint für einige Personen diese Corona-Krise mit allen Mitteln recht zu sein. So ist es leider so, dass wir auf Bundesebene Debatten führen darüber hin zu einem Überwachungsstaat hin, ob man Bürgerinnen und Bürger mittels Schlüsselanhänger überwachen darf. So ist es leider auch, dass die heute hier vorliegende Novelle zur Gemeinderatsordnung nicht ganz perfekt ist. Auch wenn sie sicherlich aus guten Intentionen heraus geschrieben wurde, ist es leider so, dass diese Novelle Bereiche in sich hält, die unser Recht auf Informationen von uns Bürgerinnen und Bürgern leider weiter einschränkt. Denn durch diese Novelle ermöglicht man es, Sitzungen des Gemeinderates unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhalten. Dabei gehört es eigentlich zu den Eckpfeilern einer parlamentarischen Demokratie, dass Entscheidungen immer vor dem Volk debattiert werden und dass Entscheidungen immer vor dem Volk in der Öffentlichkeit getroffen werden, denn nur so ist eine Kontrolle der Politik durch uns Bürgerinnen und Bürger durch die Bevölkerung möglich. Mit gänzlich nicht öffentlichen Gemeinderatssitzungen nimmt man uns Bürgerinnen und Bürgern diese Möglichkeit der Kontrolle und das in Zeiten einer Krise. Das in einer Zeit, wo die Politik eigentlich vorangehen sollte und mit größtmöglicher Transparenz arbeiten sollte. Ich glaube, dass die Politik sich vor allem in der Krise für ihre Entscheidungen nicht verstecken muss, sondern, dass die Politik ihre Entscheidungen offen auflegen muss und dass jeder Bürger und jede Bürgerin ein Recht darauf hat zu erfahren, welche Entscheidungen getroffen werden. Ganz besonders auch auf Gemeindeebene, wo jede Entscheidung, die getroffen wird, meistens sogar noch einen viel direkteren Eingriff auf mein persönliches Leben hat. Ist der Fall abgeschlossen oder nicht? Kann ich meinen Spielplatz wieder besuchen? Dinge, die eigentlich völlig transparent und nachvollziehbar für Bürgerinnen und Bürger auch kommuniziert sein sollten und denen bei der Entscheidungsfindung Bürgerinnen und Bürger auch teilhaben können sollten. Ich glaube daher, dass wir in Zeiten der Krise eine gläserne Politik und keinen gläsernen Bürger brauchen und jegliche Entscheidung transparent treffen sollten. Punkte, die in der Novelle, wie gesagt, leider nicht ganz passieren. Das Erste habe ich schon angesprochen, nämlich, dass leider Gottes Gemeinderatssitzungen jetzt in Zukunft komplett ohne Öffentlichkeit stattfinden können, was ich persönlich nicht ganz nachvollziehen kann. Es wird zum einen die Möglichkeit für Umlaufbeschlüsse getroffen und zum anderen die Möglichkeit geschaffen, in Videokonferenz Gemeinderatssitzungen abzuhalten. Aber warum geht man dann nicht her und sagt okay, wenn sich der Gemeinderat eh schon via Stream und via Videokonferenz trifft, warum streamt man das dann nicht den

Bürgerinnen und Bürgern, um ihr Recht auf Kontrolle weiter wahrhaben zu können, was technisch heutzutage wirklich keine Hexerei mehr wäre. Wir alle nutzen diese Videokonferenzen jeden Tag und wir alle können in den nächsten drei Sekunden, wenn wir unser Handy auspacken, unter Facebook auf live klicken, auf live im Internet sein. Es gibt hier keine technischen Herausforderungen mehr, die es Bürgerinnen und Bürgern nicht ermöglichen sollten, Partizipation auch seitens der Gemeindepolitik zu erleben. Das Zweite ist natürlich, vor allem diese Umlaufbeschlüsse müssen auch kritisch betrachtet werden, denn wenn ein Umlaufbeschluss getroffen wird, dann fehlt dazu schon eigentlich die Debatte, weil die vermutlich in E-Mails, Briefen oder sonst irgendwo passiert, aber ich glaube, dass es genau deswegen wichtig ist, diese Informationen auch möglichst schnell online und digital den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen und nicht auf einer Amtstafel irgendwo aufzuschreiben, wo ich als Bürger in Zeiten einer Ausgangssperre gar nicht hinkomme. Ich habe als Bürger ja nicht die Möglichkeit, jetzt hier rauszugehen aus meiner Wohnung und zu sagen, es interessiert mich jetzt, welche Entscheidungen hat meine Gemeindepolitik eigentlich getroffen, weil ich das ja mit den derzeitigen Beschränkungen ja gar nicht tun sollte und dürfte, weil es natürlich kein Grundbedürfnis in der Form ist, wie es vom Nationalrat auch gewählt wurde und vor allem auch dahingehend, weil sehr viele Gemeindeämter einfach nicht mehr offen haben, weil viele Gemeindeämter ihren Parteienverkehr eingestellt haben. Seit 16. März betrifft das auch den Bürgerservice der Landesregierung, aber auch die Bezirkshauptmannschaften und man hat das seitens des Landes Steiermark auch allen Gemeinden empfohlen, den Parteienverkehr einzustellen. Dem sind auch viele nachgekommen. Nachdem ich jetzt als Bürger nicht in mein Gemeindeamt gehen kann um mir dort Informationen zu holen, darüber, wie Entscheidungen getroffen sind, was an sich ein sehr absurder langer Weg ist, dann hat man hier einfach ein Defizit, wenn es um die Rechte auf Informationen geht. Ich glaube, dass in Zeiten der Digitalisierung, in Zeiten, wo wir alle mittlerweile per Videokonferenz uns tagtäglich treffen und austauschen, unsere sozialen Kontakte im Internet mittlerweile auch stattfinden, muss es doch möglich sein, auf der Homepage der Gemeinde Informationen zu veröffentlichen, welche Entscheidungen getroffen worden sind. Das ist doch wirklich keine große Hürde und ich kann wirklich nicht nachvollziehen, warum man hier keinen Kompromiss finden konnte, zumindest für die Zeit bis zum 31.12., bis zum Ablauf dieser Sonderregelungen, Bürgerinnen und Bürger digital über Entscheidungen vor Ort in ihrer Gemeinde zu informieren. Der dritte Punkt, der noch ein Defizit in dieser Novelle ist, ist vor allem das Recht darauf als Bürger und Bürgerin

zu erfahren, wie das Budget in der Gemeinde verwendet wird, aber auch partizipativ daran teilzunehmen. Denn derzeit müssen Voranschläge der Gemeinden zwei Wochen vor Beschluss des Gemeinderates im Amt aufliegen und ich als Bürgerin und als Bürger habe die Möglichkeit in das Amt zu gehen, was jetzt auch wieder schwer ist, und dort auch eine eigene Stellungnahme abzugeben. Dass wir es nicht geschafft haben, diesen Prozess der Partizipation auch in das Internet zu holen, wenn ich nicht rausgehen darf oder sollte, als Bürgerin oder Bürger dadurch nicht die Möglichkeit habe derzeit Stellungnahmen zum Budget auch abzugeben, das kann ich persönlich nicht nachvollziehen. Ich verstehe es auch hier nicht, warum wir es nicht geschafft haben, einen Kompromiss im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu treffen, einen Kompromiss für die Informationsfreiheit zu treffen, einen Kompromiss dafür zu treffen, dass Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde nicht mehr einbezogen werden, sondern auch mitsprechen können. Rechte, die wir lange erkämpft haben, dass sie so da sind, werden von heute auf morgen heute mit dieser Novelle eigentlich über Bord geworfen, ohne irgendeine Maßnahme zu treffen es auszugleichen. Das finde ich einfach, das ist sehr einseitig. Die Gemeinden sollen, die Gemeinderäte sollen unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen können, die Gemeinden sollen Umlaufbeschlüsse machen können, aber wir wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht darüber informieren, welche Entscheidungen eigentlich getroffen werden, vor allem wo das in dieser Zeit der Digitalisierung kein Problem mehr wäre. Ich glaube also, dass es in einer demokratischen Gesellschaft ein umfassendes Recht ist, Informationen zu bekommen auch im digitalen Zeitalter und deswegen haben wir NEOS auch zwar Änderungsanträge vorbereitet, die ich hier freundlicherweise, danke Frau Landtagspräsidentin, in gekürzter Form vorbringen darf, da sie sehr umfassend sind und sehr viel Gesetzestexte in der derzeitigen Novelle abändern. Daher möchte ich den Änderungsantrag „Livestream in der Gemeinderatssitzung“ einbringen, in dem wir im Artikel 1 den § 56a, Absatz 1 ändern. In Artikel 1 die Ziffer 6 des Absatzes 1a ändern, in Artikel 3 den § 108, Absatz 12 und Absatz 13 und 14 ändern und den § 51a, Absatz 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz ändern sowie den zweiten Antrag, den ich einbringen möchte mit dem Titel „Onlineeinsichtnahmen im Voranschlagsentwurf sowie Verhandlungsschriften öffentlicher Sitzungen der Gemeinden und des Gemeindebudgets“ indem wir in der Gemeinderatsordnung im § 60, Absatz 7 ändern wollen und den 51a, Absatz 1 ändern wollen. Ich bitte Sie, sich noch einmal zu überlegen, ob Sie nicht doch vorhaben, die Bürgerinnen und Bürger auch in Zeiten der Krise miteinzubeziehen, ob Sie nicht auch vorhaben, auch in Zeiten der Krise unsere Grundrechte, die wir uns erkämpft haben, unser Recht auf Information auch

aufrecht zu erhalten und unseren Änderungsanträgen hier in dieser Form zuzustimmen. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 11.36 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hermann, bitte schön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (11.37 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, werter Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher im Livestream!

Vorweg, vieles ist schon gesagt, möchte es nicht endlos wiederholen, aber es ist positiv anzumerken, dass der Landtag heute hier zusammentritt. Das ist wichtig, dass wir als Abgeordnete auch Vorbild sind, was die Einhaltung von Sicherheitsabständen, das Tragen von Masken auch angeht und es ist auch wichtig, dass wir zeigen, dass wir die Arbeit nicht niederlegen. Denn wir als Mandatäre haben auch eine gewisse Verpflichtung, einen Beitrag zu leisten, so wie es Polizisten, das medizinische Personal, Verkäufer im Lebensmittelhandel, all jene systemrelevanten Berufsgruppen auch tun, denen ich entsprechend danken möchte. Es ist wichtig, dass gerade in Krisenzeiten der Parlamentarismus funktioniert und es muss der Rechtsstaat und die demokratischen Mittel und die Wege, unter Berücksichtigung der Grund- und der Freiheitsrechte Basis für das Handeln der Regierungen auf Bundes- und auf Landesebene sein. Uns allen ist völlig klar, dass besondere Zeiten auch besondere Maßnahmen erfordern, auch was den Parlamentarismus angeht. So kommt es vermehrt zu Sondersitzungen, gewisse Gesetzwerdungsprozesse sind aus verständlichen Gründen kurzfristiger als sonst und es gibt so eine Absprache unter den Parteien, dass man das politische Tagesgeschäft, sage ich einmal, besonders seitens der Opposition auch Anfragen zu stellen, Initiativen auch einzubringen in diesen Zeiten hintanhält. Man spricht auch von Zusammenarbeit, ist oftmals gefallen, von einem breiten politischen Schulterschluss. Dieser Schulterschluss ist notwendig und richtig. Er funktioniert aber nur dann, wenn ihn beide Seiten auch ernst nehmen. So schaltet der Landtag, insbesondere die Opposition, schaltet einen Gang herunter, wenn es darum geht, Informationen zu bekommen, sprich, wenn es darum geht, parlamentarische Anfragen zu stellen. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass die Regierung auch einen Gang hinaufschalten muss, wenn es darum geht, Informationen an die Mandatäre weiterzugeben. Möchte hier positiv erwähnen, wie es auch schon unser Klubobmann getan hat, dass nach den Regierungssitzungen am Donnerstag jetzt laufend

Videokonferenzen auch stattfinden. Ich möchte, weil es auch dazu passt thematisch, auch kurz anmerken, dass wir auf Grund dieser Informationsweitergabe, die in Krisenzeiten auch wichtig ist, auch die Anträge der NEOS zur Gemeindeordnung unterstützen werden. Inhaltlich kann ich dem viel abgewinnen, wenn man Protokolle unkompliziert und leicht auf den Homepages veröffentlicht, auch wenn die Begründung des Herrn Klubobmannes vielleicht etwas überzogen war, weil man hat das Gefühl, dass da in den Gemeindestuben irgendwo im versteckten Kämmerlein gemauschelt wird, jetzt in Zeiten einer Krise, wo eigentlich eine Gemeinderatswahl auch im Raum gestanden ist und wir daher wissen, dass das politischer Arbeiten, das tagespolitische Geschäft in den Gemeinden ohnehin nicht besonders aktiv ist. Es sei mir eine kleine Kritik auch gestattet, weil es genau diesen konkreten Gesetzwerdungsprozess auch betrifft, wie es nicht funktionieren soll, was die von mir angesprochene Informationsweitergabe auch betrifft. Mir liegt eine Einladung vor, zu einer Gemeinderatssitzung, die die Gemeinde Hart bei Graz am 01. April, also am letzten Mittwoch, das war lange bevor die Landtagsklubs, die Mandatäre von den Plänen oder Entwürfen zur Novelle der Gemeindeordnung Kenntnis hatten. Da lädt der Bürgermeister, die Amtsleiterin, die Gemeinderäte zu einer Sitzung ein. Ich darf da kurz das Schreiben vorlesen, sie schreibt: „Nach Rücksprache mit der Abteilung 07 wird am nächsten Dienstag eine Novelle zur Steiermärkischen Gemeindeordnung vom Landtag beschlossen die es erlaubt, Sitzung der Gemeindeorgane durch Videokonferenzen abzuhalten. Es ist durchaus spannend, dass der Bürgermeister bereits einlädt und an sich mehr Informationen hat, als wir es hier im Landtag haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann man mit Mandatären nicht umgehen, wenn man einen breiten politischen Schulterschluss auch leben möchte und ich hoffe, dass wir in Zukunft so etwas nicht mehr aus der Zeitung oder aus den Medien erfahren, sondern auch rechtzeitig informiert werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Corona-Krise hat bereits jetzt schon katastrophale Auswirkungen auf die Wirtschaft. Das ganze Ausmaß und die Folgen sind noch kaum abschätzbar. Wir haben mit Schrecken die Arbeitslosenzahlen diese Woche, letzte Woche auch vernommen, wo wir rund 64.000 Arbeitslose in der Steiermark haben, also eine Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Es ist notwendig, bereits jetzt und nicht erst am Ende der Krise Maßnahmen zu setzen, damit unsere Unternehmen wieder ins fahren kommen, denn über 90 % der Unternehmen in der Steiermark sind, wie wir alle wissen, kleine und mittlere Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft auch sind. Die öffentliche Hand muss jetzt konjunkturfördernde Investitionen tätigen. Gerade Gemeinden haben einen

beträchtlichen Anteil an den erteilten Aufträgen, die an KMU's gehen. Gemeinden stecken jetzt in einer Krise. Sie können teilweise kaum noch ihre Kosten decken, geschweige denn neue Investitionen auch tätigen. Wir müssen nun zwei Schritte setzen, um den Handlungsspielraum von Gemeinden nicht einzuschränken, sondern zu erhöhen. Es war positiv zu lesen heute in der Kronen Zeitung, dass auch Landeshauptmannstellvertreter Lang aus diesem Grund auch Baustellen des Landes, Großprojekte des Landes wieder aufnimmt nächste Woche. Ich glaube, das ist sehr, sehr wichtig und solche Schritte wünschen wir uns auch auf Gemeindeebene, denn Gemeinden können als kleinste Verwaltungseinheit zielgerichtet Unternehmen unterstützen.

Ich darf daher folgenden Antrag stellen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, jene Schritte bzw. Maßnahmen zu setzen, die die Umsetzung eines „Kommunalinvestitions- und Regionalwirtschaftspaket“ aus Landesmitteln im Sinne der Schaffung konjunkturbelebender Maßnahmen zur Unterstützung heimischer Unternehmen (KMU) nach der Corona-Krise sicherstellen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, bleiben Sie gesund. *(Beifall bei der FPÖ – 11.43 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sandra Krautwaschl, bitte schön Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.44 Uhr): Danke Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Landesregierung, werte Zuhörende im Livestream!

Ich möchte mich zur Gemeindeordnung und zu dem Beschluss, den wir heute hier, ich nehme an Großteils zumindest, einstimmig fassen werden, kurz melden, weil das auch bei mir, oder bei uns, einige Punkte schon gibt, die wir diskutiert haben, die wir gerne noch ein bisschen anders gehabt hätten, aber prinzipiell möchte ich mich einmal bedanken für den Austausch. Ich habe das sehr konstruktiv gefunden, unsere Gespräche, ich habe auch die Beamten, die sich wirklich sehr bemüht haben in dieser raschen, in dieser kurzen Zeit das Gesetz so zu erarbeiten, dass es heute beschlussfertig ist, wirklich bewundert, wie sie uns auch detailhaft auch noch Erklärungen abgegeben und versucht haben, diese Dinge wirklich auf die Reihe zu bekommen unter sehr schwierigen Bedingungen. Für mich persönlich, ich bin ja auch immer noch Gemeinderätin zurzeit in meiner Gemeinde, eigentlich wäre die Wahl schon gewesen, aber wir wissen alle, was passiert ist, ist es tatsächlich durchaus ein bisschen ein Problem, Videokonferenzen aber vor allem auch Umlaufbeschlüsse hier heute mitzutragen. Ich möchte

aber erklären, warum wir das dennoch tun. Ich möchte vor allem auch sagen, dass ich glaube, dass diese Bereiche, die wir hier noch klären müssen, die wir teilweise seit vielen, vielen Jahren fordern, der Niko hat es vorher gesagt: Transparenz in der Gemeinde für Bürgerinnen und Bürger, Videübertragungen und auch dann die Veröffentlichung von Protokollen im Internet, das sind jahrelange Forderungen auch von uns. Die liegen in einem Unterausschuss zurzeit als Antrag auch drinnen. Wir werden auch nach – hoffentlich so baldig wie möglich – Beendigung dieser Krise weiter intensiv darüber verhandeln. Aber das, was wir heute beschließen, ist für mich ein dezidiertes Ausnahmegesetz sozusagen mit einer Sunsetklausel, also mit einer ganz klaren Begrenzung bis zum Jahresende und, und das möchte ich besonders betonen, es ist eine Ermächtigung für die Bürgermeister, aber es ist kein Muss und es sollte auch, wenn es möglich ist, in den Gemeinden so sein, dass Gemeinderatssitzungen unter Einhaltung der entsprechenden Abstände jedenfalls einmal vor Ort stattfinden. Das ist trotzdem etwas anderes, wenn ich die Möglichkeit habe, so wie wir heute, mit Menschen direkt in einem Raum, der vielleicht etwas größer ist oder wo man Abstände eben einhältet, so wie wir das heute tun, über Maßnahmen diskutieren können, als wie ich es per Videokonferenz tue, wir haben das auch immer bemerkt in den letzten Tagen, und gar erst recht, wenn ich nur einen Umlaufbeschluss mache. Wir haben das gestern relativ ausführlich diskutiert. Ich habe auch ganz klar gesagt, dass ich mir da wirklich zumindest wünsche, dass Beschlüsse, die dann getroffen werden, auch für die Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht werden. Auch wenn es jetzt nicht genau das ist, was ich mir gewünscht hätte, nämlich eine Veröffentlichung im Internet, ist zumindest beschlossen worden oder noch hineingekommen in diese Novelle, dass es dann einen Aushang der Beschlüsse geben wird, wenn ich das alles richtig verstanden habe. Jetzt hat der Niko gesagt, ja die Leute kommen dort nicht hin, weil sie eigentlich deswegen nicht rausdürfen. Ich weiß auch nicht, ob jeder dann bei einem Spaziergang gerade zufällig auf dem Gemeindeamt vorbeikommt, wenn er sich die Füße vertritt. Wir alle gehen davon aus, dass das zumindest in den nächsten Wochen, ja ich hoffe Wochen, auch noch einmal Erleichterungen geben wird, dass das für die Bürgerinnen und Bürger dann möglich ist. Dennoch, ich möchte auf den Punkt zwar nicht herumreiten, aber eines muss ich schon sagen, ich selbst bin bei Gott kein digital native und meine KollegInnen im Landtagsklub und die MitarbeiterInnen wissen ein Lied davon zu singen, aber dennoch hat es mich irgendwie dann halt schon amüsiert, dass es tatsächlich in Zeiten, wo alles, wie wir jetzt sehen, so auf digitaler Ebene abgeht, eigentlich ein sehr antikes Instrument, nämlich der Aushang einer Beschlussfassung gewählt wird, um die Bürgerinnen

und Bürger zu informieren. Nur trotzdem, für mich ist jetzt nicht die Zeit darauf herumzureiten, wir werden es ohnehin zu gegebener Zeit ausführlich diskutieren und ich kann auch allen, die das kritisch sehen, dass es jetzt im Moment diese Möglichkeit nicht gibt, versichern..., ich möchte zu gegebener Zeit wirklich auch einmal wissen, was der Grund ist für diese anscheinend nahezu phobischen Ängste ein Gemeinderatsprotokoll im Internet zu veröffentlichen. Ich habe es auch noch nie verstanden, da bin ich beim Niko, muss ich ehrlich sagen, zumal das auch in den Gemeinden durchaus Vertreterinnen und Vertreter von SPÖ und ÖVP immer wieder wollen, fordern oder in den Gemeinden sich sogar profilieren, dass sie das fordern. Das finde ich dann einfach auf Dauer nicht nachvollziehbar. Aber wie gesagt, wir werden das zu einem späteren Zeitpunkt ganz bestimmt intensiv diskutieren. Nichtsdestotrotz werden wir den beiden Entschließungsanträgen, nein, Abänderungsanträgen, Entschuldigung, der NEOS heute auch zustimmen. Wissens, dass sie ziemlich sicher keine Mehrheit finden werden, aber einfach um da ein Zeichen zu setzen, dass uns das auch wichtig ist. Ich möchte aber zum Abschluss eines sagen, was ich bei all diesen Dingen, die wir heute da beschließen als etwas sehen, was drüber steht, nämlich, drüber steht: Es sind alles Ausnahmebestimmungen, die haben alle ein Ablaufdatum, ein automatisches, das war mir extrem wichtig, sonst würden wir da niemals dabei sein, aber da sind wir uns, glaube ich, alle einig und sie werden gefasst in einem Geist, ich möchte ihn noch einmal heraufbeschwören, weil er mir zu Beginn der Sitzung zumindest sehr stark da war, wo wir gemeinsam lernen wollen an dem, was gerade hier passiert, wo wir gute Dinge, gute Wahrnehmungen, gute Gepflogenheiten des Austausches, der Informationsweitergabe mitnehmen wollen und vielleicht auch eine Diskussionskultur mitnehmen wollen, die uns dann in Zukunft bessere Entscheidungen im Sinne der Bevölkerung, noch bessere Entscheidungen, ermöglicht. Ich habe, diese Woche war es, glaube ich, mit jungen KlimaaktivistInnen auch eine Videokonferenz gehabt, die sich ganz, ganz viel Gedanken um die jetzige Situation machen und was heißt das für später, mich gefragt haben, werden wir aus dem jetzt etwas lernen, damit wir all das, was wir erfahren nutzen können für später, für eine Krise, die uns vielleicht in Wirklichkeit noch viel mehr bedroht als die jetzige, unsere Zivilisation und unsere Existenz bedroht? Ich bin mir sicher, ja. Wir werden lernen, es wird trotzdem nicht immer alles eitle Wonne sein, aber wir werden lernen, weil wir es jetzt sehen, es hängt an unserem Willen, was wir schaffen. Es hängt an unserem Willen und es hängt letztlich von uns allen ab. Um wieder auf die Gemeindeordnung zurückzukommen vielleicht ein Appell von meiner Seite, richtet sich primär natürlich auch an die Regierungsfractionen, aber auch an alle Bürgermeisterinnen

und Bürgermeister: Wie sie, wie die Bürgermeister mit dieser Ermächtigung umgehen, mit dieser erhöhten Macht, Dinge auch in Beschlüsse gießen zu können, das obliegt jeden und jeder einzelnen letztlich und es wird ein Teil sein, der Kultur des Miteinanders oder auch nicht, wie sie es leben. Ich kann nur sagen, ich habe es bis jetzt in unserer Gemeinde sehr positiv erlebt und ich würde alle hier Anwesenden bitten, auch in ihren Einflusssphären darauf einzuwirken, dass das, was wir jetzt im Landtag sehr gut erlebt haben – ein recht intensiver und offener Austausch im Sinne der Sache – auch auf Gemeindeebene erfolgt, dann glaube ich, ist es, oder ist es jedenfalls für unsere Fraktion vertretbar, dieser Novelle in diesem Sinne heute auch im Ganzen die Zustimmung zu geben. Ich diesem Sinne Danke noch einmal für diese wirklich intensive Bearbeitung der Dinge und ich hoffe, dass das auch auf Gemeindeebene dieser Geist, von dem wir heute oft gesprochen haben, dann seinen Niederschlag findet. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 11.53 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Dolesch, bitte Herr Kollege.

LTabg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (11.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir befinden uns, wie es heute schon mehrfach erwähnt worden ist, natürlich in einer besonderen Zeit, bedingt durch das Corona-Virus, das brauchen wir, glaube ich, nicht mehr extra zu betonen und damit verbunden auch in einer Zeit, wo wir in einer Fülle an, und ich sage das gleich dazu, notwendigen, auf Zeit befristeten Maßnahmen leben. Maßnahmen, die vor wenigen Wochen, also bis vor einem Monat noch auch hier bei uns allen wahrscheinlich kaum bis gar nicht vorstellbar eben waren. Darüber haben wir bereits ausführlich diskutiert, da möchte ich nicht mehr näher darauf eingehen. Die Lage, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unverändert natürlich ernst. Auch in Österreich, auch wenn wir durch die bisherigen strikten Einhaltungen dieser Maßnahmen ungleich günstiger, sozusagen, liegen als andere Länder, auch hier im europäischen bzw. im internationalen Vergleich. Wir können seit ungefähr drei Tagen, heute hoffentlich den vierten Tag in Folge durchaus in Österreich auf so etwas wie einen Silberstreif am Horizont blicken, wo die Zahlen der gesunden Menschen die Zahlen der neuerkrankten Menschen übersteigen, also, wo wir, glaube ich, mit Fug und Recht behaupten dürfen, durch die Disziplin der allermeisten von uns, ist dieser gemeinsame

Erfolg möglich geworden im Kampf gegen diese heimtückische Krankheit. Ich habe es auch das letzte Mal schon gesagt, ich stehe auch nicht an, der Bundesebene dazu zu gratulieren, dass hier rechtzeitig, zeitgerecht sozusagen diese Maßnahmen gesetzt wurden und ich möchte dieses Dankeschön neben uns allen, wo wir uns alle gemeinsam, die Gesamtbevölkerung, daran halten, auch dieses Dankeschön natürlich auch unserer Landesregierung aussprechen und letztendlich uns allen auf der Landesebene, denn es wurde viel gemacht und es gibt auch noch sehr viel zu tun. Wir dürfen es also, lange Rede kurzer Sinn, nicht auf die leichte Schulter nehmen um diese bisherigen Erfolge nicht zu konterkarieren. Ich kann also alle dazu herzlichst einladen, den bisherigen gemeinsamen Weg fortzusetzen. Die Auswirkungen spüren wir tagtäglich, jetzt komme ich langsam sozusagen zu den näheren Punkten. Ich möchte auch da nicht auf die genannten Beispiele eingehen, wie es z.B. Marco Triller gesagt hat, mit diesem Nagelstudio mit 700 Euro Miete im Monat. Auch wenn ich meine, zumindest mein Kenntnisstand ist das, dass das im ABGB, also im Allgemein Bürgerlichen Gesetzbuch, ich glaube der § 1104 oder 1106 ist es, sehr genau geregelt ist, wenn nämlich ein Mietgegenstand unbrauchbar geworden ist, und das ist es in einer Krisensituation, und behördlich gesperrt wurde, dass ja auch keine Miete zu bezahlen ist. Das nur am Rande. Ich möchte auf diese Beispiele gar nicht näher eingehen. Jedenfalls auch wir, nicht nur unser Land, auch die Städte und Gemeinden stehen vor enormen Herausforderungen in vielerlei Hinsicht. Diese gesamte Entwicklung, die wir hier so durchmachen und die wir noch vor uns haben heißt natürlich auch, dass wir eine entsprechende Anpassung der Steiermärkischen Gemeindeordnung und damit verbunden auch des Statuts der Landeshauptstadt Graz letztendlich festzulegen haben. Mit anderen Worten, es geht darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, Beschlüsse des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes bzw. auch des Stadtsenates, wenn man so möchte, und der Ausschüsse unter einem möglichen Ausschluss der Öffentlichkeit im Umlaufweg oder auch in Form von Videokonferenzen zulassen zu können. Das muss nicht automatisch sein, es gibt auch Möglichkeiten, wo das nicht der Fall ist. Ich möchte jetzt nicht auf das Beispiel der NEOS eingehen, denn letztendlich leben wir ja immer noch in einer repräsentativen Demokratie zum einen, zum Zweiten, wir haben einen laufenden Unterausschuss, wo wir, denke ich, sehr ausführlich über alles reden werden unter vernünftigen Ansätzen, modernen Ansätzen wird man ja nicht automatisch ablehnend gegenüberstehen, denke ich. Jedenfalls ist mein persönlicher Erfahrungswert, nur eine letzte Nebenbemerkung noch, jetzt bin ich doch schon 25 Jahre auch Mitglied des Gemeinderates meiner eigenen Heimatgemeinde und mehr als 14 Jahre davon Bürgermeister und davor war

ich Vizebürgermeister, die Anzahl der Besucherinnen und Besucher zu durchaus besucherinnen- und besucherfreundlichen Zeiten der Gemeinderatssitzungen ist durchaus überschaubar gewesen. Worum geht es also jetzt? Ich möchte insbesondere hervorstreichen, dass im Artikel 1 der Steiermärkischen Gemeindeordnung in diesem Gesetz, welches es hier eben anzupassen gilt, oder dieses Bündel, und auch hier möchte ich hervorstreichen befristet bis zum 31. Dezember 2020 – es geht also nicht um einen Zeitraum, der unüberschaubar wäre, sondern wirklich um einen relativ kurzen – wo eben die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden um im Falle von außergewöhnlichen Verhältnissen, und in diesen leben wir ja wohl unbestritten, wie es so schön heißt, hier den Kollegialorganen, also dem Gemeinderat, dem Gemeindevorstand und auch den Ausschüssen nicht nur die Abhaltung von Sitzungen, also nicht nur öffentliche Sitzungen im Rathaus oder in einem Gemeindeamt zuzulassen, sondern alternativ eben in Form von Umlaufbeschlüssen bzw. Videokonferenzen an jedem beliebigen Ort, wenn man so möchte und ohne körperliches Zusammentreffen. Geregelt ist das alles im § 56, ergänzt beigefügt durch den § 56a, welcher eben ganz klar regelt, dass eine Behandlung eines Misstrauensvotums oder auch die Wahl von Gemeindeorganen ausdrücklich nicht in Form eines Umlaufbeschlusses oder mit Videokonferenzen erfolgen darf. Wesentlich ist vor allem, dass eine Beratung und Beschlussfassung des Gemeinderates in der Art erfolgen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin eine Erklärung der Gemeinderatsmitglieder einholt. Die Abgabe dieser Erklärung hat mit E-Mail an eine vom Bürgermeister oder der Bürgermeisterin bestimmte E-Mail-Adresse bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erfolgen, wobei eine Erklärung dann gültig ist, wenn eben diese schriftliche Bekundung bis zu diesem Zeitpunkt eingelangt ist. Für den Fall, dass jemand nicht über eine E-Mail-Adresse verfügt, hat dann das Gemeinderatsmitglied, wenn man so möchte, die Möglichkeit, klassisch schriftlich die Erklärung entsprechend abzugeben. Die wesentlichen Akten, und da bin ich bei einem entscheidenden Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja keine Geheimniskrämerei, die wesentlichen Akte der Gegenstände der Tagesordnung sowie auch die Anträge, die man ja trotzdem stellen kann, also man kann ja auch auf diese Art und Weise quasi in einer Ausnahmesituation bis zu einem gewissen Grad debattieren, sollten nach Möglichkeit fünf Tage, allerspätestens jedoch 48 Stunden vor diesem Zeitpunkt an alle Gemeinderatsmitglieder entsprechend übermittelt werden. Der Antrag gilt im Umlauf sozusagen als beschlossen, wenn sich die, und hier darf ich auch zitieren „die sonst für die Anwesenheit erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates an der

Beschlussfassung im Umlaufweg beteiligt und der Antrag die erforderliche Mehrheit erhalten hat.“ Selbstverständlich sind diese Beschlüsse auch zu dokumentieren, sind auch, auch das wurde heute schon erwähnt, an der Amtstafel mindestens eine Woche hindurch auch kundzutun. Wenn es Gemeinderatsmitglieder gibt, die auch über die erforderlichen technischen Voraussetzungen verfügen, und zwar, alle, ohne Ausnahme, dann können diese Beschlüsse auch mit einer Videokonferenz gefasst werden. Auch hier ist die Einberufung vom Bürgermeister/Bürgermeisterin derart zu gestalten, dass zumindest 48 Stunden vor dieser Konferenz jedem Mitglied des Gemeinderates hier diese Einladung zukommt, diese Einberufung also, und mit der Einberufung sind auch hier die wesentlichen Akten der Gegenstände der Tagesordnung den Gemeinderatsmitgliedern zu vermitteln. Wie wir sehen, die Gemeinden haben damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, befristet für einen bestimmten Zeitraum entsprechende Vorgaben bzw. werden durch diese Bestimmungen auch ganz klare Verhaltens- und Vorgehensweisen oder Regeln, wenn man so möchte, geschaffen, die für eine ordnungsgemäße Durchführung von Umlaufbeschlüssen und Videokonferenzen erforderlich sind. Komme langsam zum Schluss. Gehe noch ein auf den § 82a, Anhebung der Kassenstärker. Auch das ist etwas ganz, ganz Wesentliches für die Gemeinden. Die Landesregierung wird auch hier befristet bis letzten Dezember des heurigen Jahres dazu ermächtigt, im Verordnungswege eben diese Erhöhung der Kassenstärker und in der Folge letztendlich dann auch wieder die Rücknahme auf die gemäß § 82, Absatz 2 bestimmte Höhe festzulegen. Diese Maßnahme, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist notwendig, ist unbedingt notwendig, ist geboten, um die Liquidität unserer Gemeinden im erforderlichen Ausmaß sicherzustellen, denn der sprichwörtliche Flaschenhals, der kommt noch, der steht uns noch bevor. Damit eben insbesondere die Daseinsvorsorge für unsere Bevölkerung gewährleistet werden kann. Das Allerletzte: In den §§ 88 und 89 ist hier auch der Rechnungsabschluss entsprechend geregelt, der ist eben so zu erstellen, dass längstens fünf Monate nach dem Ende des Haushaltsjahres dieser vom Gemeinderat entsprechend beraten und beschlossen werden kann bzw. dass der Bürgermeister/die Bürgermeisterin das auch der Aufsichtsbehörde vorlegen kann. Für das Statut der Stadtgemeinde Graz gilt sinngemäß das gleiche. Ich bitte daher um die Zustimmung zu dieser Gemeinderechtsänderung, zu diesem Gesetz. Danke herzlichst und bleiben wir alle gemeinsam gesund, vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.04 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger. Bitte Herr Kollege.

LTAbg. Dirnberger – ÖVP (12.05 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren Zuhörer und Zuseher!

Ich darf mich auch zu diesem Thema zu Wort melden. Es wurde eigentlich schon mehrmals erklärt, welche besondere Zeit wir erleben und ich will mich nicht allzu verbreitern. Uns allen ist es sehr rasch bewusst geworden, wie die Maßnahmen der Bundesregierung verordnet wurden, dass es hier wirklich ernst ist mit unserer Gesundheit, die es zu schützen gilt und dergleichen. Die Dimension in der Art sind wir einfach in keinster Weise in unserem Land, aber darüber hinaus auch in Europa, gewohnt, wenn man das so bezeichnen darf. Die Bedeutung und die Ausbreitung ist natürlich enorm, wenn Wikipedia richtig informiert ist sind jetzt fast 200 Länder betroffen, das ist schon gigantisch. Ich denke, dass es so eine enorme Pandemie sicher seit dem Zweiten Weltkrieg weltweit nicht gegeben hat. Wir haben uns auch in einer gewissen Sicherheit gewogen, glaube ich, wir haben uns zwar immer wieder beschäftigt mit Katastrophenszenarien, auch vorbereitet in den Gemeinden, auch im Land und darüber hinaus, auch mit Blackouts und dergleichen, aber in diese Richtung habe ich nichts vernommen. Ich muss selbst gestehen, das ist mir eigentlich nicht so bewusst gewesen. In Summe können wir, glaube ich, aber auf unser Land insgesamt stolz sein, weil in Summe die geforderten und einschneidendsten Maßnahmen, die es je gegeben hat, zum allergrößten Teil mitgetragen werden, stolz sein können auch auf die Entscheidungsträger – da darf ich die Bundesregierung nennen, alle Fachleute und Experten bis hin zum Parlament, weil diese Maßnahmen, man kann es sich ja gar nicht vorstellen, was das für eine schwierige Entscheidung ist das Land runterzufahren, für jeden Einzelnen, für die Wirtschaft, wo die Existenz bedroht ist, aber alles im Lichte der Gesundheit. Ich darf mich aber auch bei unserer Landesregierung bedanken, beim Landeshauptmann und beim Landeshauptmannstellvertreter und allen Regierungsmitgliedern, bei uns im Landtag generell, bei der Verwaltung insgesamt, da haben manche eine riesengroße Herausforderung jetzt auch zu bewältigen, bis hin zu den Städten und Gemeinden. Auch dort gibt es Herausforderungen zu bewältigen und man steht tagtäglich immer wieder auch vor Entscheidungen: Was mache ich? Der Druck der Bevölkerung kommt, Entscheidungen sind zu treffen, was ist rechtlich erlaubt? Wo bin ich rechtlich nicht zuständig? Wir vom Gemeindebund raten immer: „Bitte vor so einer

Entscheidung, wo man sich nicht sicher ist, mit der Bezirksverwaltungsbehörde, mit der BH Rücksprache zu halten, damit man auch feststellen kann, wer zuständig ist.“ Und es ist heute von Werten gesprochen worden und wir alle hoffen, dass diese Werte auch nach der Bewältigung der Pandemie anhalten in der Gesellschaft aber auch bei uns im Umgang hier im Plenum. Ich darf kurz eingehen auf das Sammelgesetz 422/3, wo eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen beschlossen werden und hier auch beschlossen wird, dass die Gemeinden ermächtigt werden quasi zu verordnen, dass das Personal den Alturlaub abbaut analog des Bundes, des Landes, so auch bei den Gemeinden. Wir als Interessensvertretung sind ja etwas weiter gegangen mit unseren Forderungen, wir haben auch gefordert, dass man in den Neurlaub schon eingreifen kann, weil man nicht genau weiß, wie lange es andauert. Ich weiß sehr wohl, dass das sehr sensibel ist und im Lichte dessen, dass es jetzt natürlich keine dementsprechenden Abstimmungen zwischen der Personalvertretung und dergleichen gibt, ist das natürlich nicht umsetzbar. Aber es ist durchaus von vielen Seiten der Gemeindevertreter gekommen. Ich muss aber auch betonen, dass es viele, viele freiwillige Lösungen in den Gemeinden gibt, wo das Personal bereit ist, freiwillig auch schon neuen Urlaub zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme dient ja nur dazu, wenn ich mit der Freiwilligkeit nicht weiterkomme, dann werden diese Maßnahmen gesetzt. Ein Kompliment an das Personal draußen bei uns in den Kommunen, die wirklich auch erkennen, dass es hier die Ernsthaftigkeit erkennt und dass es hier natürlich auch die Vorschläge, die gemeinsam besprochen werden bezüglich Zeitausgleichabbau, Urlaubabbau mittragen, im Wissen, dass sie einen sicheren Arbeitsplatz haben zu manch anderen in der Wirtschaft, wo das nicht so gewährleistet ist. Und es kommen viele Fragen auf uns zu, auf den Gemeindebund, auf den Städtebund, es ist nicht immer leicht, die richtige Antwort auch zu finden. Wir versuchen immer, uns bestmöglich abzustimmen mit dem Land, zum Teil auch mit dem Bund, aber es ist in letzter Zeit wieder eine massive Forderung aufgetaucht, nicht ganz runter zu fahren. Die Gemeindeverwaltung ist zwar jetzt für das direkte Bürgerservice in den allermeisten Gemeinden geschlossen, außer in Ausnahmefällen, aber zum Beispiel: Wie gehe ich um mit Bauverhandlungen? Bis Ende April steht das ja eh, aber wie gehe ich dann wirklich damit um? Wie wahre ich die Parteienrechte? Wie kann man aber trotzdem etwas abhandeln, rechtskonform, damit es da nicht zum Stillstand kommt? Weil die Bauwirtschaft braucht es, die Arbeitsplätze sollten eigentlich, soweit es geht, gesichert werden und dergleichen. Ich darf jetzt zur Gemeindeordnung kommen, das zweite Geschäftsstück, auf Details brauche ich nicht näher eingehen, weil der Kollege Dolesch, wenn ich nach ihm hier ans Rednerpult

komme, immer präzise genau alles erläutert – ich darf dir dafür sehr herzlich danken – und kann nur das alles bestätigen, was er schon ausgeführt hat, die ganze Geschichte mit Umlaufbeschluss, Videokonferenz, das ist ein Instrument für die absolute Ausnahme, das muss man, ganz klar betonen. Ich möchte das nicht kleinreden, was da angesprochen worden ist, dass man jetzt nicht die Einsichtnahme so in dieser Zeit bis zum 31.12.2020 ermöglicht, dass das natürlich schon ein Eingriff ist, aber wie Kollege Dolesch es gesagt hat: Die Einsichtnahme war äußerst gering von den Bürgerinnen und Bürgern. Er hat auch hingewiesen auf den Kassenstärker - das war früher der Kassenkredit – den werden wir bitter notwendig haben, weil wir wissen alle: Die Ertragsanteile werden einbrechen. Das trifft aber nicht nur uns in den Gemeinden, das trifft das Land genauso, auch den Bund. Es kommt immer mehr der Wunsch von Seite der Gemeinden, der Bund solle ein Hilfspaket schnüren für die Gemeinden. Ja, das wird im Hintergrund zwar behandelt, aber ich denke, hier wird es nicht allzu große Hilfe geben, weil der Bund natürlich in seiner Situation, der auch keine Ertragsanteile hat, sehr gefordert ist, das gilt natürlich auch für die Kommunalsteuer und dergleichen. Das heißt, auch das Verlängern der Frist für den Rechnungsabschluss usw., fünf Monate, ist eine richtige und wichtige Maßnahme. Ich darf mich in dieser Situation hier sehr herzlich bedanken bei allen Klubs für die konstruktive Mitarbeit, bei den Regierungsbüros, natürlich bei der Landesregierung und bei der Verwaltung insgesamt und diesen positiven Geist – ich glaube, die Frau Klubobfrau hat es angesprochen – werden wir versuchen, mitzunehmen in den Unterausschuss, damit wir dort Punkt für Punkt abarbeiten, wie ich es das letzte Mal schon gesagt habe: Manches wird möglich sein, alles wahrscheinlich nicht.

Zum Schluss kommend darf ich auch danke sagen, wie es jetzt ja oft passiert, bei allen, zuerst einmal, dass ein positiver Ausblick möglich war von der Bundesregierung, das gibt Hoffnung, dass wir Schritt für Schritt langsam wieder zu einer gewissen Normalität kommen, ganz wichtig, sowie auch Schritt für Schritt die Maßnahmen gesetzt wurden. Wäre das auf einmal präsentiert worden, hätten wir Panik und Hamsterkäufe en masse gehabt. Also das war schon eine sehr, sehr gute Strategie und ein riesengroßes Kompliment meinerseits. Wenn wir jetzt Schritt für Schritt, wie es aussieht, wenn es die Zahlen erlauben, wieder zu einer gewissen Normalität kommen, ist das sehr, sehr positiv. Ich darf danke sagen allen im Pflege-, Gesundheitsbereich, bei den Einsatzorganisationen, im Lebensmittelhandel, bei den Urproduzenten, Bäuerinnen und Bauern, bis hin zum Bildungsbereich, aber auch denen in der Wirtschaft, die ganz normal arbeiten gehen, auch für die ist es eine Herausforderung. Sie wissen nicht: Was spielt sich am Arbeitsplatz ab? Komme ich wieder nach Hause, was kann

da sein? Kann ich da jemanden infizieren? Bis hin: Wie betreue ich meine Kinder, weil ich nicht zu Hause bin und meine Kinder betreuen kann? Da darf ich wirklich allen in dieser herausfordernden Situation danke sagen, uns insgesamt. Nachdem wir knapp vor Ostern stehen: Trotz dieser Besonderheit ein frohes, gesegnetes Osterfest, vor allem Gesundheit, bleibt gesund, Glück auf! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.16 Uhr*)

Präsidentin Kolar: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lara Köck. Bitte Frau Kollegin.

LTabg. Dipl.-Ing.(FH) Köck – Grüne (12.16 Uhr): Vielen herzlichen Dank fürs Saubermachen, fürs Desinfizieren! Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Mein Kollege Dirnberger hat es in seiner Wortmeldung vorhin schon gesagt: Wir können uns die Ausmaße, die Dimensionen, was das alles noch mit sich bringt, vermutlich alle noch nicht fassen. Aber eine sehr greifbare Zahl ist die momentane Zahl der Arbeitslosen. Wir haben unglaubliche 562.522 Arbeitslose momentan gemeldet. Die Presse hat das betitelt mit: „Ein historischer Rekord!“ Jetzt finde ich die Wortwahl aber irgendwie spannend, weil „Rekord“ ist eigentlich etwas Positives. Das, was es wirklich ist, ist eine unglaubliche Tragödie, vor allem für die betroffenen Menschen. Deshalb möchte ich ganz kurz auf den Entschließungsantrag von der FPÖ noch einmal eingehen, denn natürlich stehen wir da vor großen Herausforderungen, dass Menschen jetzt in Wohnungsnot sind, ausgelöst durch diese Arbeitslosigkeit, durch die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme, die damit einhergehen. Wohnen ist ein Grundrecht und wir haben Gott sei Dank eine Bundesregierung, die genau für diesen Fall ein umfangreiches Paket geschnürt hat: Mietrückstände während dieser dreimonatigen Frist haben jetzt keine Kündigung der Mietverträge zur Folge und auch die Kautionsdarf nicht angegriffen werden; befristete Mietverträge werden verlängert und Delogierungen finden definitiv nicht statt. Das ist ein umfassendes Paket, das für alle in Österreich lebenden Menschen gilt. Und zum Glück haben wir eine Grüne Regierungsbeteiligung, denn mit einer Blauen Regierungsbeteiligung würde das ganz anders aussehen. (*Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ – LTabg. Schweiner: „Ist das jetzt der neue Stil bei den Grünen?“*) Wir sehen es ja in Graz und das ist ja genau der Vorschlag in dem Entschließungsantrag. Das Modell, das in Graz da angewandt wird, wie die Wohnungen

verteilt werden, funktioniert ja nicht. Es benachteiligt sehr viele und es bevorzugt wenige und die Gemeindewohnungen sind bei weitem nicht ausgelastet und sind nicht voll ausgebucht. Jedenfalls ist es ganz wichtig, gerade in diesem Bereich der Wohnungen den Mietern, den betroffenen Menschen ausreichend Schutz zu bieten. Das hat die Bundesregierung getan und deswegen ist euer Entschließungsantrag wieder einmal entlarvend, wie wir schon wieder zurückfallen in das alte Politikspiel. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ – Beifall bei den Grünen – 12.20 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang. Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang – SPÖ (12.20 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist heute – und das zu Recht – schon sehr oft hier heraußen gedankt worden und ich möchte mich natürlich dem Ganzen anschließen, aber möchte auch ein spezielles Danke sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung des Landes Steiermark insgesamt in allen Bereichen, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Gesellschaften im öffentlichen Bereich, aller Einrichtungen im öffentlichen Bereich, aber vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern draußen in den Städten und Gemeinden. Ihr seid ein ganz wichtiger Bestandteil, dass die Steiermark in dieser Krisensituation so gut funktioniert, danke. *(Allgemeiner Beifall)* Ja, es ist fast genau eine Woche her, als wir dieses erste Maßnahmenpaket vorgestellt haben und ich darf da berichten, dass dieses Paket sehr, sehr gut angenommen wird und auch toll abgearbeitet wird. Da möchte ich mich auch bedanken. Das ist nämlich ganz, ganz wichtig, und hier vor allem ein Dank auch in Richtung Wirtschaftskammer Steiermark, die also hier einen Löwenanteil dieser Arbeit übernimmt, nämlich diese Sofortmaßnahmen für die heimische Wirtschaft. Zusätzlich darf ich berichten, haben wir noch in dieser Woche, also in dieser jetzigen Woche noch einmal aus den Rücklagen der Finanzabteilung eine Million Euro bereitgestellt für den Ankauf von Schutzausrüstung, das wird abgewickelt und vom Roten Kreuz wird diese Schutzausrüstung dann in der Steiermark verteilt. Das heißt, wir sprechen derzeit bei diesem ersten Maßnahmenpaket von einem Betrag von rund 55 Millionen Euro. Geschätzte Damen und Herren, wir sind dabei, das zweite Maßnahmenpaket auf die Beine zu stellen und ich habe das

mit dem Herrn Landeshauptmann abgesprochen, dass wir nach Ostern dieses Maßnahmenpaket hier vorstellen werden. Und heute – so hoffe ich doch, einstimmig – werden auch wichtige Gesetzesänderungen einstimmig beschlossen, wo es auch in dieses zweite Maßnahmenpaket hineinwirken wird, nämlich finanziell hineinwirken wird. Wir beschließen heute hier die Verlängerung was die Wohnunterstützung betrifft, was die Mindestsicherung betrifft bis 31. Mai dieses Jahres, und – was auch so wichtig ist – den einfacheren Zugang. Es wird jetzt per se sich nicht in den nächsten Tagen im Budget groß auswirken, aber wir müssen damit rechnen, dass bis Ende des Jahres der Zuspruch, was also die Wohnunterstützung in der Steiermark betrifft, was die Mindestsicherung betrifft, sehr stark ansteigen wird. Es gibt also hier Berechnungen, dass wir im Budget zusätzlich für diese beiden Positionen rund zehn bis zwölf Millionen Euro brauchen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ein weiterer wichtiger Punkt – und das ist ja heute von vielen Abgeordneten hier angesprochen worden – ist das Thema Wohnen und wir haben gemeinsam, Landesrat Seitinger und ich, es ja möglich gemacht, dass es auch zu einer Stundung der Wohnbaudarlehen des Landes Steiermark kommen kann, d.h. die in sechs Monatsintervallen immer zu zahlen sind. Es gibt also hier die Möglichkeit, diese Landesdarlehen in diesen sechs Monaten zu stunden, genauso ein wichtiger Beitrag zu all diesen anderen Beiträgen, die hier heute schon aufgezählt wurden um das Thema Wohnen in dieser ganz, ganz schwierigen Situation, um es für den einzelnen Betroffenen nicht zu einer dann unlösbaren Situation zu machen. Ein wesentlicher Punkt in diesem zweiten Maßnahmenpaket werden aber die arbeitspolitischen Maßnahmen sein. Wir sind seit Tagen in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern, aber vor allem mit dem Arbeitsmarktservice Steiermark. Es wird hier vor allem in Richtung Stiftungen gehen in den nächsten Wochen und Monaten, es wird aber auch eine Offensive für den Wiederaufschwung vorbereitet, d.h. wie wir verstärkt die Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsmarkt bringen können. Ich kann jetzt schon sagen, in Absprache mit dem Herrn Landeshauptmann, dass wir also auch für dieses zweite Maßnahmenpaket einen ähnlichen Betrag wie beim ersten Maßnahmenpaket in die Hand nehmen werden.

Liebe Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, ich bin bei dir: Es gibt Situationen, die kann man mit all diesen Maßnahmenpaketen ad hoc nicht abdecken, das stimmt. Das ist leider so. Es wird zwar immer wieder evaluiert, aber es gibt halt solche traurigen Situationen, wo aber eine andere Soforthilfe in Anspruch genommen werden kann. Daher haben wir im Sozialressort die Soforthilfe, die es dort gibt – da geht es nicht um die großen Beträge, das ist mir schon

klar, aber oft in der Not helfen ein paar hundert Euro auch momentan -, die haben wir auch budgetär aufgestockt, also auch dort gibt es noch eine Möglichkeit, wenn man praktisch überall ein Problem hat, noch etwas zu bekommen.

Geschätzte Damen und Herren, aber parallel arbeiten wir auch schon am dritten Maßnahmenpakt. Und dieses dritte Maßnahmenpaket wird aus meiner Sicht mindestens genauso wichtig sein, wie diese beiden Sofortmaßnahmenpakete, nämlich ein Konjunkturpaket für den Wiederaufschwung der steirischen Wirtschaft. Und das können wir als Land Steiermark nur gemeinsam mit unseren Städten, mit unseren Gemeinden machen. Natürlich mit Unterstützung des Bundes, das ist Voraussetzung, aber wir müssen es selbst in der Steiermark in die Hand nehmen, um diesen Aufschwung wieder zu bekommen. Und Hoher Landtag, liebe Steirerinnen und Steirer, aus meiner heutigen Sicht – und diese Sichtweise wird halt durch die Expertinnen und Experten bestärkt – wird es aber sehr, sehr schwierig werden. Das muss uns allen klar sein, weil – und die Kollegin Krautwaschl hat es heute hier gesagt – es ist so wichtig, dass alle diese Beschlüsse ein Ablaufdatum haben, Fristen, wo also diese Maßnahmen oder diese Beschlüsse von heute zurückgenommen werden, das wird also bis 31.12. dieses Jahres spätestens dann sein. Ich befürchte, dass es uns nicht gelingt, im Laufe dieses Jahres diese Krise zu bewältigen. Ich befürchte, dass uns das noch Jahre beschäftigen wird hier im Landtag aber insgesamt in der gesamten Steiermark. Warum? Lassen Sie mir das nur einmal kurz skizzieren vielleicht in ein paar Sätzen. Was kommt auf uns zu? Wir müssen damit rechnen, im Mai wird es beginnen aber vor allem im Juni wird es richtig schlagend werden, dass die Ertragsanteile, die vom Bund in Richtung Land kommen, reduziert werden. Wenn wir das jetzt vergleichen z. B. mit dem Juni 2019 – und ich kann Ihnen hier keine konkreten Zahlen nennen, weil uns das vom Bund noch nicht mitgeteilt wurde, aber wir haben verschiedene Szenarien berechnet gemeinsam mit der Finanzabteilung. Und wenn da, sagen wir ab Juni, nur um zehn Prozent die Ertragsanteile des Landes zurückgehen, dann sprechen wir hier in einer Bandbreite zwischen zehn und 20 % von einer Gesamtsumme von 150 bis 200 Millionen Euro. Wenn ich jetzt die Ertragsanteile der Gemeinden hernehme, ähnliche Berechnung von zehn bis 20 %, dann sprechen wir da von 100 bis 200 Millionen Euro die der Steiermark fehlen, das muss uns allen ganz klar sein. Trotzdem müssen wir hier Geld in die Hand nehmen, um wieder einen Wirtschaftsaufschwung herbeizuführen und diese Maßnahmen setzen. Es wird also nicht einfach und was noch dazu kommt – und das darf man nicht unterschätzen, vor allem bei den Gemeinden nicht -, das sind die fehlenden Einnahmen, nämlich viele Gemeinden haben als

Haupteinnahmequelle neben den Ertragsanteilen die Kommunalsteuer. Die wird oder ist jetzt schon im Einbrechen, wenn sich der Arbeitsmarkt langsam erholt, wird es in den nächsten Monaten sicher über Monate hin eine sehr geringe Einnahme geben. Es fallen aber ganz andere Einnahmen bei den Gemeinden weg und das ist vor allem in kleineren Gemeinden ein Riesenthema, dass kleinere Einnahmen wegfallen aber die Ausgaben trotzdem noch da sind, d.h. diese Schere geht sukzessive auseinander, das muss uns allen bewusst sein. Daher haben wir in Absprache, der Landeshauptmann und ich gemeinsam mit der Abteilung 7, gesagt: Wir werden natürlich dafür Sorge tragen, dass die Liquidität der Gemeinden und Städten in der Steiermark gewährleistet ist, das ist unsere erste und wichtigste Aufgabe, damit also die öffentliche Hand, sprich die Gemeinden, Städte und das Land Steiermark ihren Aufgaben gerecht werden kann, dass wir also die nötige Liquidität haben. Wir dürfen aber eines auch nicht ganz vergessen: Es gibt Einrichtungen, ich nehme hier als Beispiel den steirischen Verkehrsverbund her. Der steirische Verkehrsverbund, mehr als 50 Verkehrsunternehmungen, die für den öffentlichen Verkehr in der Steiermark zuständig sind – es gibt natürlich auch die großen Player wie ÖBB, Postbus, das ist klar, aber es gibt viele kleinere Verkehrsunternehmen -, da brechen die Einnahmen weg. Wir stehen vor der Problematik, dass wir z. B. viele Forderungen schon haben von Jahreskartenbesitzern, die sagen: „Wir wollen das anteilig zurück haben.“ Wir berechnen das gerade im Verkehrsverbund. Was heißt das? Wer wird das überhaupt bezahlen? Und so wie ich das derzeit abschätze, wird auch das Land Steiermark da einen entsprechenden Anteil leisten müssen. Und da gibt es noch viele andere Einrichtungen, wo wir in den nächsten Monaten erst sehen werden, wo es notwendig sein wird, hier Geld nachzuschießen.

Ich bin schon am Ende, ich könnte noch vieles hier erläutern, aber geschätzter Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich um eines: Ich bitte Sie um Verständnis, dass wir dieses Geld, das wir haben, dass wir das wirkungsorientiert einsetzen. Wir sind nicht dafür – das darf ich jetzt in beiden Namen sagen -, mit der Gießkanne durchs Land zu gehen und zu verteilen, das bringt letztendlich nicht diesen Erfolg, den wir brauchen. Das heißt, wir wollen dieses Geld, das wir haben, wirkungsorientiert und möglichst effizient einsetzen. Und geschätzte Damen und Herren, eines kann ich hier auch versprechen: Wir werden und wir wollen niemanden in der Steiermark zurücklassen. Und ich darf mich wirklich auch an dieser Stelle bei Ihnen, aber vor allem bei allen Steirerinnen und Steirern sehr herzlich für den Einsatz und vor allem auch für die Disziplin bedanken. Es ist nicht einfach, es ist für keinen von uns einfach und es wird auch in den nächsten Tagen und

Wochen nicht einfach werden, aber ich glaube, wir schaffen das, davon bin ich überzeugt. Bleiben Sie gesund! *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen – 12.32 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich bitte unseren Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer um seine Wortmeldung. Bitte schön Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Schützenhöfer *(12.32 Uhr):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Damen und Herren des Landtages, liebe Steirerinnen und Steirer!

Zunächst darf ich mich bei den Damen und Herren des Landtages für die außerordentlich sachbezogene Debatte bedanken, wenn es auch in einigen Punkten logischer Weise kritische Anmerkungen gab, können wir doch feststellen, dass in dieser außerordentlichen Situation, in einer Situation, wie wir sie alle miteinander – ich jedenfalls nicht, ich bin, glaube ich, der Älteste hier – auch noch nicht erlebt haben, dass wir in so einer Situation das Gemeinsame über das Trennende stellen. Ich möchte an der Spitze dessen, was ich gerne zum Ausdruck bringen möchte, sagen: Wir dürfen uns nichts vormachen, es gibt keine Entwarnung. Das Virus hat uns fest im Griff, aber die Maßnahmen, die gesetzt wurden, zeigen Wirkung. Das ist ein Silberstreif am Horizont, weil wir damit Perspektiven verbinden. Ich möchte mit meiner Meinung nicht zurückhalten, ich habe es gestern als sehr positiv und sehr mutig empfunden, was die Bundesregierung verkündet hat, weil wir ja noch nicht wissen, ob es wirklich so geht. Wenn wir ein anderes Ostern erleben, als wir es alle gerne hätten, werden diese Maßnahmen, die heute in einer Woche schon zu wirken beginnen – und wir freuen uns darauf – letztlich nicht möglich sein, denn wenn sich die Kurve nicht weiter verflacht, ist sozusagen Feuer am Dach. Daher habe ich von allem Anfang an zu jenen gehört, die auch gesagt haben: Gerade jetzt, wo es Lichtblicke gibt, gerade jetzt, wo wir erkennen, dass etwas gemacht wird, ist das Resultat aller Anstrengungen und ist richtig, gibt es keinen Grund, nachlässig zu werden. Wer glaubt, wir hätten es schon überstanden, erliegt einem Irrglauben. Ich bin persönlich absolut der Meinung – dass Sie mich nicht falsch verstehen -, dass wir das packen, aber wir müssen vorsichtig sein, wir müssen Rücksicht nehmen auf die Mitmenschen, wir müssen die Nerven bewahren und wir müssen uns an die Maßnahmen halten. Sie und ich, wir alle sind die Lösung. Sie und ich, wir alle könnten aber auch das Problem sein, wenn wir diese Maßnahmen nicht einhalten. Bisher sind wir, ganz egal, welche Funktion jemand hat, gut gefahren in den letzten Tagen, weil wir die Maßnahmen mitgetragen haben und weil wir

selber auch die Maßnahmen eingehalten haben. Ich könnte Ihnen stundenlang erzählen – vielleicht haben wir einmal Zeit, wenn alles vorbei ist -, was sich in einer solchen Krise abspielt in einem Büro namens Landeshauptmann. Glauben Sie nur ja nicht, dass das eine leichte Aufgabe ist, aber sie ist machbar, wenn der Landtag mittut, sie ist machbar, wenn die Regierungsparteien mittun. Weil wenn wir jetzt den Streit auch noch hätten, wäre vieles nicht möglich, da müssen wir ja oft innerhalb von Minuten entscheiden. Was glauben Sie, was sich abspielt? Da wird man angerufen: „Ein Flieger steht in München mit Material. Kauft, dann seid ihr bei den Ersten!“ Ja, kaufen wir, ich rufe den Finanzreferenten an: „Haben wir das Geld?“ „Na ja, wenn es sein muss!“ Dann müssen wir schauen, dass das alles zertifiziert ist, dann erfahren wir, dass große Staaten den Flieger nicht öffnen lassen, wieder zurückschicken. Sie glauben nicht, was sich hier abspielt und wie viele es auch gibt, die die Gunst der Stunde natürlich nutzen. Und Sie glauben auch gar nicht, was manche von mir verlangen. Da gibt es Gemeinden, die wollen unter Quarantäne gestellt werden, da sind aber keine Infizierten – zum Glück -, oder so wenige, dass das undenkbar ist. Da gibt es welche, die die hohe Zahl der Infizierten nicht ernst nehmen. Ich habe erst gestern gesehen nach diesem Maßnahmenpaket, da laufen sofort die Telefone heiß: „Ja, die! Warum nicht wir?“ Weil die Bundesregierung halt sagt, wir können nur schrittweise versuchen unter Beiziehung wichtigster Wissenschaftler und Ratgeber, auf die man sich verlassen kann, schrittweise versuchen, in die Normalität zurückzukehren. Ich glaube – und das ist meine Erkenntnis aus diesen ersten Wochen -, wir müssen klar Flagge zeigen. Wir dürfen den Menschen nichts vormachen. Die Situation ist und bleibt ernst, aber die Maßnahmen sind richtig. Das ist ja schon etwas ganz Besonderes und sehr viel mehr als in vielen anderen Ländern. Und ich möchte eines auch sagen, ja, wir haben täglich die Debatten: „Haben wir genug Schutzmasken? Haben wir genug Beatmungsgeräte? Haben wir genug Betten?“ Und heute, ich verstehe ja die Zwischentöne, die da kommen, in Bezug auf unser Krankenhauswesen, ja. Das was wir sonst und was jeder Rechnungshof bekrittelt, dass wir zu viele Betten haben, kommt uns jetzt zu Gute. Das ist so. Die Betten werden uns nicht ausgehen, wir brauchen keine Hallen bauen und Notspitäler. Wir haben genug Betten. Und wenn wirklich die Epidemie in einem viel epochaleren Ausmaß noch einmal kommen würde, haben wir immer noch genug große Sportstätten und Lehrlingsheime, dass wir die Betten haben. Was anderes sind dann die Intensivbetten. Aber da haben wir momentan – also ich möchte nichts verschreien -, wir sind in Bezug auf die Versorgungsbetten, auf die Intensivbetten, auch auf die Schutzkleidung dem menschlichen Ermessen nach gut ausgestattet. Sie können sich nicht vorstellen, wie oft ich mir aufgrund

bestimmter Aufschreie bestimmter Berufsgruppen die Zunge abgebissen habe, um nichts zu sagen, weil das ist natürlich schon eine Geschichte, wenn jemand sagt: „Das Land, der Bund soll Schutzkleidung besorgen“, der so etwas aber selber haben muss, weil er den Eid darauf abgelegt hat. Aber lassen wir das, in Krisenzeiten gibt es eben auch solche Sachen. So eine Krise hat nichts Gutes, eines aber schon: Es entschleunigt uns alle ein bisschen. Auch ich bin am Abend zu Hause, meine Frau ist das auch nach ein paar Wochen noch nicht so ganz gewohnt, auch ein Lernprozess. Man denkt nach und man merkt, dass man eigentlich viele Jahre der Uhr vorausgelaufen ist in der Hyperaktivität, dass man vielleicht ein bisschen zu wenig nachgedacht hat. Und wenn ich sage: „Ein Gutes hat die Krise“, das ist der Hinweis darauf: Wenn es drum und dran ankommt, gibt es keine EU, wenn es drum und dran ankommt, gibt es keine solidarische Weltgemeinschaft, weil der Trump lässt die Flieger nicht weg aus China, die nach Europa gehören. Was lernen wir daraus? Es ist gescheit, wenn wir so eine harte Zeit, die wir uns nicht gewünscht haben, nützen, um nachzudenken: Wie können wir das, wenn es jemals wieder kommt, selber beschaffen? (*Allgemeiner Beifall*) Und das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Der Markus Wallner hat mir gestern gesagt, innerhalb von wenigen Tagen sind die jetzt in Vorarlberg soweit, das ist zertifiziert, die können 500.000 Masken am Tag machen. Ich weiß nicht, ob Sie schon gehört haben von unserem Projekt der Technischen Universität – warum wir Forschungsland Nummer eins sind, hängt ja vor allem insbesondere mit der Technischen Universität zusammen -, da gibt es ein Projekt mit dem Professor Ramsauer und einigen Industrieunternehmen, die bald soweit sind, dass wir Beatmungsgeräte selber herstellen können in großem Ausmaß. Also: Wir können das, wir haben es nur bisher nicht gewusst und nicht daran geglaubt, dass die Zeit kommt, wo wir das selber besorgen müssen. Und daher meine ich: Das ist gescheit, viele andere Dinge, die heute auch der Klubobmann der Freiheitlichen gesagt hat, da mische ich mich nicht zu viel ein, ja, wenn es zu dieser Corona-App keine Willensbildung auch mit den kleineren oder mittleren Parteien gibt, dass man das gesetzlich verankert, dann soll es freiwillig sein. Ich habe mir die heruntergeladen, weil ich mir denke, ich bin im 69. Lebensjahr, wenn ich über dieses Gerät aufmerksam gemacht werde, dass da Gefahr in Verzug wäre, bin ich froh und denke nicht daran, ob da irgendein großer oder kleiner Bruder – so klein bin ich ja selber auch nicht – mithört, was bisher gesagt wird, was nicht der Fall ist. Aber ich bin bei Ihnen einschließlich all der kritischen Anmerkungen, die zu den Novellen gemacht wurden, dass man das eben miteinander ausreden muss. Die Zeit gilt offensichtlich für die Regierungsmitglieder auch, meine ist für heute – sonst hoffe ich es nicht – abgelaufen. Daher fasse ich zusammen und

sage als Landeshauptmann bin ich froh zu sehen: Die Nächstenliebe im Land ist nicht ausgestorben. Ich bin stolz auf unsere jungen Leute. (*Allgemeiner Beifall*) Es gibt so viele die anrufen, die durch die Siedlungen gehen und den betagten Leuten mit dem Einkauf helfen. Ich glaube, dass wir in diesen Wochen zusammengerückt sind. Ich danke allen – ich fange gar nicht an, ich habe eine ganze Liste, es werden immer ein paar vergessen, es werden vor allem die vergessen, das ist die große Mehrheit z. B. der Industriebediensteten, die immer gearbeitet haben zu Tausenden und wo es übrigens wenige Infektionen gibt – aber natürlich von der Gesundheit bis zu denen, die im Handel tätig sind. Es ist und bleibt jetzt unsere Hauptaufgabe, alles zu tun, dass wir Menschenleben retten, dass wir diese Krankheit auslöschen und dass wir dann die Wirtschaft in Gang bringen. Ich möchte gar nicht daran denken, Herr Landeshauptmannstellvertreter, und danke dir diesbezüglich für die gute Zusammenarbeit, auch den Parteien im Landtag, weil wir ja manches aus den Konferenzen mit den Klubobleuten auch aufgenommen haben in unsere Pakete, dass wir bereit sind, über das hinaus, was wir eigentlich leisten können, zu leisten, das wird uns Jahre beschäftigen. Und wenn ich 100 Jahre alt werde als Landeshauptmann – keine Angst -, werden wir nicht ganz fertig sein damit, das sage ich Ihnen, weil das eine ganz schwere Herausforderung sein wird, vor allem für die nächsten drei, vier, fünf, sechs, acht Jahre, aber es ist notwendig, weil niemand zurückbleiben darf. Aber jetzt muss noch im Vordergrund sein, alles zu tun, damit die Menschen gesund werden, damit sie gesund bleiben, damit sie nicht krank werden. Denn ich kann so vieles im Leben ersetzen, ich kann die Gesundheit, ich kann das menschliche Leben nicht ersetzen. In diesem Sinne, wir haben ja am Donnerstag – wir haben die Klubobleute noch gebeten mit dabei zu sein - den Landeskoordinationsausschuss über Videokonferenz, um das genau noch einmal abzuklären: Wo sind wir? Was ist noch zu tun? Ich möchte Ihnen auch ein frohes Osterfest wünschen, vielen von Ihnen wird es so gehen wie mir, wenn man so ein liebes Enkelkind hat, wenn man so eine tolle Familie hat und man kann das nur per Telefon erledigen, ja, aber es kommen halt hoffentlich andere Zeiten auch wieder. Vielleicht lernen wir bei dieser Gelegenheit auch, dass Frieden, Freiheit, Wohlstand – und trotz allem haben wir das ja, das darf man ja nie vergessen, damit man nicht in der Diktion auf eine schiefe Bahn gerät – nicht gepachtet sind, sondern dass Jeder und Jede von uns etwas tun kann, um diese Freiheit, diesen Frieden und diesen Wohlstand zu erhalten. Aber ich bin alt genug um zu wissen: Das haben wir nicht, wenn es Massenarbeitslosigkeit gäbe, wenn die Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Und es ist gut, dass wir auch in dieser Zeit das

nicht tun, weil es ein Hinweis auf den Zusammenhalt der Gesellschaft in unserem Lande ist. Alles Gute, bleiben Sie gesund! (*Allgemeiner Beifall – 12.48 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Wir komme zur Abstimmung hinsichtlich TOP N1:

Beim Schriftlichen Bericht wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung gestellt. Ich werde daher diesen Punkt getrennt abstimmen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 422/2 (TOP N1), enthaltenen Ausschussantrag - hinsichtlich Artikel 10 - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, den Grünen, der KPÖ und den NEOS mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 422/2 (TOP N1), enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich der restlichen Artikel - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gleichzeitig wurde vom Ausschuss ein Antrag auf Dringlicherklärung gemäß Art. 72 Abs. 3 L-VG gestellt. Für diesen Antrag ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag auf Dringlicherklärung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 422/3 (TOP N1), betreffend Einführung einer „Corona-Wohnkostenhilfe“ als Soforthilfe für Menschen mit vermindertem Erwerbseinkommen! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Freiheitlichen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich komme nun zur Abstimmung hinsichtlich TOP N2:

Zu dem im Schriftlichen Bericht enthaltenen Ausschussantrag wurden zwei Abänderungsanträge gestellt. Über diese lasse ich zuerst abstimmen:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 423/3 (TOP N2) betreffend Online Einsichtnahme in Vorschlagsentwurf sowie Verhandlungsschriften öffentlicher Sitzungen der Gemeinden und des Gemeindebudgets ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der FPÖ, den NEOS und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 423/4 (TOP N2), betreffend Livestreaming der Gemeinderatssitzungen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Hinsichtlich Art. 1 § 56a sowie Art. 2 § 51a des Schriftlichen Berichtes wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung gestellt. Ich werde daher getrennt abstimmen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 423/2 (TOP N2), enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich Art. 1 § 56a sowie Art. 2 § 51a - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, den Grünen, der FPÖ und der ÖVP die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 423/2 (TOP N2), enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich der restlichen Bestimmungen – ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gleichzeitig wurde vom Ausschuss ein Antrag auf Dringlicherklärung gemäß Art. 72 Abs. 3 L-VG gestellt. Für diesen Antrag ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag auf Dringlicherklärung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 423/3 (TOP N2), betreffend Kommunalinvestitions- und Regionalwirtschaftspaket für die Steiermark ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der FPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Meine Damen und Herren, wir haben es heute oft gehört, wir stehen vor Ostern. Auch ich wünsche euch ein schönes Osterfest, das diesmal ein wenig anders sein wird wie sonst. Ostern bedeutet Auferstehung und Neues zu beginnen. Ich hoffe, wie die Kirche sagt, dass die nächsten 50 Tage Freudestage sein werden auch für uns, weil die Maßnahmen des Bundes und auch der Landesregierung, der ich danke sage, so wie auch unser Tun und das Tun der Menschen draußen, die mit viel Verantwortung mit dieser Krise dazu führen, dass wir weniger Infizierte haben, dass unsere Kranken gut versorgt sein werden und dass wir zudem bald wieder zurückkehren können, wo unser Landhauptmann heute sagt: Frieden, Freiheit und Wohlstand. Versuchen Sie, wie immer, zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen. Bleiben Sie gesund. Für die nächste Sitzung werden wir hoffentlich wieder zum vorgesehenen normalen Termin elektronisch einladen. Kommen Sie gut nach Hause. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 12.54 Uhr